

## **Unterrichtung**

**durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der NATO**

**67. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO  
vom 8. bis 11. Oktober 2021 in Lissabon, Portugal**

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Teilnehmende der deutschen Delegation .....</b>	2
<b>II. Schwerpunkte der Jahrestagung.....</b>	2
<b>III. Politischer Ausschuss.....</b>	2
<b>IV. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit .....</b>	7
<b>V. Ausschuss für Demokratie und Sicherheit .....</b>	12
<b>VI. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit .....</b>	17
<b>VII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie.....</b>	20
<b>VIII. Plenarsitzung.....</b>	22
<b>IX. Verabschiedete Entschlüsse.....</b>	26

## I. Teilnehmende der deutschen Delegation

Die 67. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO PV) fand vom 8. bis 11. Oktober 2021 in Lissabon, Portugal statt. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten folgende Delegationsmitglieder:

### Deutscher Bundestag

- Abgeordneter **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU), Leiter der Delegation,
- Abgeordnete **Ulla Schmidt** (SPD), stellvertretende Leiterin der Delegation,
- Abgeordnete **Dagmar Freitag** (SPD),
- Abgeordneter **Dr. Karl-Heinz Brunner** (SPD),
- Abgeordneter **Dr. Fritz Felgentreu** (SPD),
- Abgeordneter **Wolfgang Hellmich** (SPD),
- Abgeordneter **Gerold Otten** (AfD),
- Abgeordneter **Dr. Marcus Faber** (FDP).

### Bundesrat

- Staatsminister **Peter Beuth** (CDU), Hessen
- Minister **Dr. Roland Wöllner** (CDU), Sachsen

## II. Schwerpunkte der Jahrestagung

Die Schwerpunkte der Jahrestagung waren die geopolitische Herausforderung durch Russland, die dynamische Sicherheitslage im Mittelmeerraum sowie die Neuausrichtung des Strategischen Konzepts der NATO. Ferner die Herausforderungen durch den Aufstieg Chinas, die Lehren aus dem Einsatz der NATO in Afghanistan, Sicherheitsfragen im Hohen Norden sowie Aspekte der Verteidigungs- und Abschreckungspolitik der NATO. Weitere Themen waren die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit des Bündnisses sowie Technologiepartnerschaften mit asiatischen Ländern, Weltraumaktivitäten, Fragen zu ethischen Aspekten beim Einsatz von künstlicher Intelligenz und das Iranische Atomprogramm.

Die Berichte und die Entschlüsse sowie die Zusammenfassungen der Beratungen in den Ausschüssen der Jahrestagung sind unter der NATO PA-Webseite innerhalb der „E-LIBRARY“ abrufbar.

## III. Politischer Ausschuss

Der politische Ausschuss tagte am Samstag, 9. Oktober, und Sonntag, 10. Oktober 2021, unter dem Vorsitz von **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkte der Beratungen waren die geopolitische Herausforderung durch Russland, die dynamische Sicherheitslage im Mittelmeerraum sowie die Neuausrichtung des Strategischen Konzepts der NATO.

### 1. Ansprache des portugiesischen Außenministers Augusto Santos Silva

**Augusto Santos Silva** stellte die Bereiche vor, die aus portugiesischer Sicht bei der bevorstehenden Neuausrichtung des Strategischen Konzepts der NATO zu beachten seien. Als militärischer und politischer Zusammenschluss habe die NATO auf ihren demokratischen Charakter und auf ihre regionale Ausrichtung zu achten. Die Zusammenarbeit zwischen der NATO und der Europäischen Union (EU) sei notwendig, wobei die Sicherheitspolitik der EU zur Verbesserung und Stärkung der NATO beitragen solle. Aktuelle Bedrohungen und Risiken müssten eindeutig definiert, neue Herausforderungen, wie beispielsweise der Klimawandel oder das selbstbewusste Auftreten Chinas, einbezogen werden. Die Allianz demokratischer Staaten müsse zudem ihren technologischen Vorsprung weiterhin fördern.

**Lord Campbell of Pittenweem** erkundigte sich nach der strategischen Dimension chinesischer Investitionen in Portugal. **Augusto Santos Silva** erklärte, nach der Finanzkrise von 2009 bis 2010 habe Portugal die wirtschaftlichen Beziehungen zu China mit dem Verkauf von privatisierten Vermögenswerten der öffentlichen Hand an China intensiviert. Dies bedeute keine politische Orientierung, da Portugal sich nach wie vor der EU und der NATO verpflichtet fühle. Nach dem Grund für die erfolgreiche Impfkampagne gegen Covid-19 gefragt, hob der Minister hervor, dass die portugiesische Bevölkerung zum einen an Impfungen gewohnt sei und der Einsatz des Militärs zur Steuerung der Impfkampagne zum Erfolg beigetragen habe. Das Militär habe an zusätzlicher Legitimität gewonnen und seine Fähigkeit, Portugal zu schützen, aufgezeigt. **Mikko Savola** (Finnland, assoziierter Partner) stellte die Fähigkeit der EU in Frage, in einen bedeutungsvollen und offenen Dialog mit Mächten wie China, Russland oder die USA zu treten. **Augusto Santos Silva** betonte die Bedeutung eines politischen Dialoges und bedauerte den derzeitigen Tiefpunkt der NATO-Russland-Beziehungen. Auf Nachfrage erklärte er, der Einsatz von Migrantinnen und Migranten als hybride Waffe stelle derzeit eine der bedeutendsten Bedrohungen dar und betreffe neben der Ostgrenze auch die südliche Grenze der NATO. Der Minister legte dar, dass die südliche Region sehr wichtig für die europäischen Länder des Mittelmeerraums sowie die EU und deren Sicherheit sei. Das Engagement der EU und der NATO an der Südgrenze sollte, insbesondere für Libyen und die Sahel-Zone, analysiert werden. Nach der Überprüfung der Sanktionsmechanismen gegenüber Belarus gefragt, wies der Minister auf die bereits bestehende erhebliche Isolation des Lukaschenko Regimes hin. Dieser Druck solle aufrechterhalten werden, bis Belarus seine Fähigkeit, sich an grundlegende internationale Regeln zu halten unter Beweis gestellt habe. Ein engerer Dialog mit Russland sei ebenfalls entscheidend. Hinsichtlich der Beziehungen zu China stellte der Minister klar, dass Portugal mit unabhängiger Stimme spreche. Dies zeige sich in den Verurteilungen der Beschränkung des demokratischen Raums in Hongkong, der chinesischen Aggressionen gegenüber Taiwan und der Menschenrechtslage in Xinjiang.

## 2. Vortrag von Jamie Shea, Professor für Strategie und Sicherheit an der Universität Exeter zum Thema „Was sollte das neue Strategiekonzept der NATO beinhalten?“

**Jamie Shea** führte hinsichtlich der strategischen Neuausrichtung der NATO aus, dass die NATO ihre Grundwerte und Ziel bekräftigen, nach dem Abzug aus Afghanistan sich neu entwickeln und ihre Politik verstärkt auf China ausrichten solle. Das Bündnis müsse sich auf neuartige Bedrohungen einstellen und prüfen, ob ihre Strategie im Einklang mit den strategischen Zielen und Prioritäten der Regierungen stehe. Als öffentliches Dokument solle das neue Strategische Konzept als Leitbild dienen, in dem die anhaltende Bedeutung der NATO überzeugend dargestellt werde. Das Vertrauen in die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen müsse wieder hergestellt, europäische und indopazifische Prioritäten ausbalanciert und der Zersplitterung innerhalb der NATO entgegengewirkt werden. Die Beziehung zwischen NATO und EU müssten klarer definiert, der Wert von Partnerschaften herausgehoben und den neuen Herausforderungen wie Klimawandel, Terrorismusbekämpfung, Widerstandsfähigkeit, Cyber-Abwehr und disruptiven Technologien begegnet werden. Gegenüber China müsse eine gemeinsame Sprache gefunden und Bereiche identifiziert werden, in denen eine Kooperation möglich sei. Die Gefahr des aus der Sahel-Zone stammenden Terrorismus sei vergleichbar mit der aus Afghanistan. Die NATO müsse aus der Vergangenheit lernen und in den relevanten Foren, wie beispielsweise der European Intervention Initiative, Präsenz zeigen. Eine dritte EU-NATO-Erklärung müsse geschlossen und mehr Reservetruppen aufgebaut werden.

Von **Ahmet Yildiz** (Türkei) nach den Lehren aus dem Syrienkrieg gefragt, erklärte **Jamie Shea**, die NATO-Verbündeten, einschließlich der Türkei, sollten ihre Erkenntnisse und operativen Erfahrungen in die NATO einbringen. Demokratische Werte sollten ein wichtiger Bestandteil des Konzepts sein. Eine rückläufige Entwicklung innerhalb der NATO würde die weltweite Zusammenarbeit mit demokratischen Partnern untergraben.

## 3. Vortrag von Wladimir Kara-Murza, russischer Oppositionspolitiker, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der People's Freedom Party, zum Thema „Russland zwischen parlamentarischen und präsidentialen Wahlen: Putin, Proteste und Perspektiven für einen Wandel“

**Wladimir Kara-Murza** betonte, in Russland habe es seit Dezember 2019 keine von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als „frei und fair“ eingestuften Wahlen gegeben. Die OSZE-Beobachtermission sei unter dem Vorwand der Covid-19-Pandemie eingeschränkt worden und keine wichtigen Oppositionskandidaten hätten an der Wahl teilnehmen dürfen. Er kritisierte, dass der Europarat nur „Bedenken“ hinsichtlich der Wahl geäußert habe. Diese Bewertung sei zu schwach. Die russische Bevölkerung habe die Wahl abgelehnt. Unstimmigkeiten bei der elektronischen Stimmabgabe hätten wahrscheinlich zu Wahlmanipulation

zugunsten der Regierungspartei „Einiges Russland“ geführt. Unter Putin habe sich Russland von einer unvollkommenen Demokratie zu einem vollkommenen autoritären System entwickelt. Nach Einschätzung der Nichtregierungsorganisation „Memorial“ seien nach den Kriterien der OSZE und des Europarats derzeit hunderte Menschen als politische Gefangene einzustufen. Die tatsächliche Zahl sei womöglich viel größer. Es würde oft nicht hinreichend zwischen dem russischen Volk und dem Kreml-Regime differenziert. 2024 werde für Russland ein politisch bedeutendes Jahr sein. Die Verfassungsänderung von 2020 ermögliche Putin unter Umständen länger als 2024 im Amt zu bleiben und Putin werde die Grenze zwischen de facto-Unrechtmäßigkeit und de jure-Unrechtmäßigkeit überschreiten.

Nach **Ojārs Ēriks Kalniņš** (Lettland), Co-Vorsitzender des Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rats (UNIC), sollten die Verbündeten gewählte Amtsträger aus den von Russland besetzten ukrainischen Gebieten nicht anerkennen. **Lord Hamilton of Epsom** (Vereinigtes Königreich) beglückwünschte Wladimir Kara-Murza zu seinem Einsatz für die Demokratie, bei dem er sein Leben aufs Spiel setze. Auf Nachfrage von **Solomiia Bobrovska** (Ukraine, assoziierter Partner) bekundete **Wladimir Kara-Murza** seine Unterstützung für die Ukraine. Die internationale Gemeinschaft sollte auf solche Länder Druck ausüben, die russischen Oligarchen Steuer-oasen anböten, um große Geld- und Kapitalsummen anzulegen und zu verbergen.

#### **4. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Konfrontation mit der von Russland ausgehenden geopolitischen und ideologischen Herausforderung“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Brendan Francis Boyle (Vereinigte Staaten)**

**Brendan Francis Boyle** führte aus, die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen befänden sich auf einem neuen Tiefpunkt. Russland sei sowohl geopolitisch als auch ideologisch eine Herausforderung. Durch Provokationen und hybride Kriegsführung versuche Russland NATO-Verbündete und NATO-Partner zu destabilisieren und demokratische Institutionen zu untergraben. Das zeige sich in der rechtswidrigen Annexion der Krim, der Machtprojektion in Syrien, den groß angelegten militärischen Übungen entlang der Ostgrenze der NATO und durch die Verletzungen des NATO-Luftraums sowie Störmanöver gegen Schiffe von NATO-Verbündeten. Die NATO habe durch Entsendung von Truppen an die Ostgrenze im Rahmen der Enhanced Forward Presence (EFP), der Tailored Forward Presence (TFP), der NATO Force Integration Unit (NFIU) sowie verstärkte Unterstützung durch NATO-Verbündete und NATO-Partner in der Schwarzmeerregion reagiert. Hybriden Bedrohungen wie Desinformation, Cyber-Angriffen und der Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten als Waffe müsse entgegengetreten werden. Er begrüßte die Entscheidung des Brüsseler NATO-Gipfels in 2021, hybride Kriegsführung als einen möglichen Auslöser für Artikel 5 des Nordatlantikvertrags einzuordnen. Im Hinblick auf die Annäherung zwischen China und Russland solle die NATO an ihrer zweigleisigen Ausrichtung festhalten, indem sie in starke Verteidigung und Abschreckung investiere und offen für den politischen Dialog und die Kooperation bleibe. Die Ukraine und Georgien sollten in ihren euro-transatlantischen Bemühungen unterstützt werden. Das russische Regime habe relativen Pragmatismus durch rechtsextremen Populismus kombiniert mit sowjetischer Nostalgie ersetzt. Das schränke den Spielraum für einen Dialog ein. Die Verbündeten sollten die russische Zivilbevölkerung in politischen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten unterstützen.

#### **5. Beratung des Entschließungsentwurfs „Die Herausforderung durch Russland im Blickpunkt der NATO behalten“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Brendan Francis Boyle (Vereinigte Staaten)**

**Brendan Francis Boyle** betonte, Kernaussage des Entwurfs sei, dass Russlands aggressive Aktivitäten die unmittelbarste Bedrohung für die euro-atlantische Sicherheit darstellten. Der zweigleisige Ansatz der NATO gegenüber Russland bleibe bestehen. Der Schwerpunkt liege auf einer starken Verteidigung und Abschreckung. Zwischen dem gegenwärtigen Regime und der russischen Zivilbevölkerung sei klar zu trennen.

Es wurden 25 Änderungsanträge eingereicht, davon 20 teils mit leichten Änderungen angenommen. Fünf wurden zurückgezogen.

Der Entschließungsentwurf wurde in der geänderten Fassung angenommen.

**6. Vortrag von Lucy Kurtzer-Ellenbogen, Direktorin, Israelisch-Palästinensisches Konfliktprogramm, USIP, zum Thema „Alter Konflikt, neue Dynamiken: Der israelisch-palästinensische Konflikt und der weitere Weg“**

**Lucy Kurtzer-Ellenbogen** warnte davor, die Eskalationsdynamiken im israelisch-palästinensischen Konflikt als alltäglich zu verharmlosen. Der Kontext des Konflikts habe sich verändert. Ein geschwächter palästinensischer Präsident habe die Voraussetzungen für weitere Spaltungen innerhalb der palästinensischen politischen Fraktionen und für die steigende Popularität der Hamas geschaffen. Die israelische Seite sei durch langwierige Koalitionsverhandlungen und geringe politische Mehrheiten geschwächt. Die Heterogenität der israelischen Regierungskoalition schränke die Fähigkeit für Fortschritte ein. Beide Seiten übten taktischen Druck aus. Auf palästinensischer Seite wirke die Hamas eskalierend, die israelische Seite schüchtere ein. Israel betrachte die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan als ein beispielhaftes Szenario, das sich bei einem Rückzug Israels aus palästinensischen Gebieten wiederholen könne. Der Diskurs verschiebe sich und die Neuverhandlung der in 1948 geschaffenen Situation stehe zunehmend im Vordergrund. Eine Lösung für die durch den Krieg in 1967 geschaffene Situation werde nicht mehr anvisiert. Sowohl in israelischen als auch in palästinensischen Bevölkerungsgruppen werde ein zunehmend härterer Kurs geführt, insbesondere junge Palästinenser gelangten zu der Einschätzung, dass die Diplomatie keinen Fortschritt bringe und zeigten sie zunehmend offen für die Vorstellung, durch Aktionen der Hamas Einfluss gewinnen zu können. Die Zweistaatenlösung verliere an Glaubwürdigkeit und Popularität. Die internationale Gemeinschaft reagiere nur und ziehe sich zurück, sobald der Konflikt wieder abflache, ein anhaltendes Engagement sei aber unabdingbar. Die Zweistaatenlösung sei die zukunftsfähigste Lösung, an der gemeinsam mit der Zivilbevölkerung gearbeitet werden solle. Um Spannungen abzubauen, müsse in das „Wohlbefinden der Bevölkerung“ investiert werden. Der Friedensvertrag zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten habe den regionalen Kontext verändert. Der Konflikt wirke sich auf die Region aus. Jordanien sei wegen der möglichen Migration aus Palästina am stärksten betroffen. Initiativen wie die Arabische Friedensinitiative eröffneten neue Möglichkeiten. Die Regierung in Saudi-Arabien halte offiziell an der Zweistaatenlösung fest, zwischen dem saudi-arabischen König und dem Kronprinzen gebe es aber Unstimmigkeiten über die Lösungsansätze. Die Lage im Libanon stelle für Israel ein großes Sicherheitsproblem dar, was Israel davon abhalte, Zugeständnisse in anderen Fragen zu machen. Die Frage, ob auch andere arabische Staaten ihre Beziehungen zu Israel in der Zukunft normalisieren würden, sei schwer zu beantworten. Das palästinensische Anliegen sei für viele arabische Staaten immer noch ein sensibles Thema.

**César Mogo** (Spanien) stellte mit Verweis auf das Madrider Abkommen von 1975 eine globale Lösung des Konflikts in Frage. **Lucy Kurtzer-Ellenbogen** betonte, der Prozess der Normalisierung habe in Madrid begonnen und das Abkommen sei in jeder Hinsicht ein bahnbrechendes gewesen. Auf Nachfrage **Paolo Formentinis** (Italien) erläuterte **Lucy Kurtzer-Ellenbogen**, dass der Iran zur Radikalisierung beitrage, indem er den Erwerb moderner Waffen durch extremistische Gruppen in der Region unterstütze. Die Radikalisierung der Beziehungen zwischen Iran und Israel sei besorgniserregend.

**7. Beratung des Berichtsentwurfs „NATO-Agenda für Sicherheit im Mittelmeerraum“ des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ (PCNP), vorgelegt von der Berichterstatterin Sonia Krimi (Frankreich)**

**Sonia Krimi** betonte die strategische Bedeutung des Mittelmeerraums und gab einen Überblick über die Bedrohungen für die Sicherheit durch eine Vielzahl von Konflikten. Migrationsströme im zentralen Mittelmeerraum, der Streit im östlichen Mittelmeerraum zwischen Griechenland und der Türkei, die ungeklärte politische Lage in Libyen und das Aufflammen des israelisch-palästinensischen Konflikts in 2021 stellten die NATO vor große Herausforderungen. Externe Akteure füllte das Machtvakuum in Libyen und Syrien, politische und militärische Operationen der Golfmonarchien und das wirtschaftliche Engagement von China stellten die Sicherheit in Frage. Sie forderte verstärkte politische Konsultationen innerhalb der NATO, die ihre Rolle definieren müsse, um bei der Lösung von regionalen Konflikten beitragen zu können. Die NATO solle ihr Verständnis für die Region verbessern, indem sie die Expertise ihres „Regional Hub for the South“ besser nutze, Kontakte ausbaue, Informationen austausche sowie Maßnahmen und Finanzierung mit regionalen Akteuren, insbesondere der EU, bündele. Die Fähigkeit des Bündnisses zur kollektiven Verteidigung und Krisenbewältigung müsse widerstandsfähiger werden.

In der Diskussion betonte Sonia Krimi, die Migration werde zum Problem, wenn die Migrationsströme nicht gesteuert würden. Es bestehe eine Verpflichtung, Notleidende willkommen zu heißen. **Ahmet Yildiz** (Türkei) legte dar, die Türkei fordere eine bessere Lastenteilung bei der Bewältigung der Migration. **César Mogo** (Spanien) fragte, ob mehr Direktinvestitionen auf dem afrikanischen Kontinent eine tragfähige Möglichkeit seien, die Migration zu beenden. **Sonia Krimi** verwies auf die französische Entwicklungsagentur, die mit verschiedenen französischen Ministerien zusammenarbeite, um Netzwerke aufzulösen, die Migration beförderten. Eine internationale Zusammenarbeit sei notwendig, die bei der effizienten Implementierung der nationalen Entwicklungspolitik unterstützen könne. Die Entwicklungshilfe müsse Hand in Hand mit der Migrationspolitik gehen. Auf Nachfrage erklärte **Sonia Krimi**, dass die zwischen Frankreich und Griechenland getroffene Vereinbarung über den Kauf dreier Kriegsschiffe und einer vertieften Zusammenarbeit das Ansehen der NATO bei den südlichen Partnerländern verbessern könne.

Der Berichtsentwurf wurde gegen die Stimmen der türkischen Delegation und bei Stimmenthaltung des griechischen Mitglieds angenommen.

#### **8. Zusammenfassung der Aktivitäten des Ausschusses und der Unterausschüsse in den Jahren 2021 und 2022**

Der Vorsitzende **Lord Campbell of Pittenweem** (Vereinigtes Königreich) erklärte, im Schwerpunkt werde sich der Ausschuss mit den politischen Aspekten der Überarbeitung des Strategischen Konzepts der NATO beschäftigen. Er dankte Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU) für sein langjähriges Engagement. **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU) stellte die geplanten Aktivitäten des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ vor, unter anderem seien in 2022 ein Besuch in Südkorea und in der Republik Moldau geplant. **Lord Hamilton of Epsom** (Vereinigtes Königreich) führte aus, in 2022 plane der Unterausschuss „Transatlantische Beziehungen“, Besuche in den Niederlanden sowie in den Vereinigten Staaten.

#### **9. Beratung des Berichtsentwurfs „Die transatlantische Verbindung und die Lastenteilung in einem sich wandelnden strategischen Umfeld“ des Unterausschusses „Transatlantische Beziehungen“, vorgelegt von dem Berichterstatter Ahmet Yildiz (Türkei)**

**Ahmet Yildiz** forderte die Prüfung einer Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen sowie der Lastenverteilung. Das neue Strategische Konzept müsse den Aufstieg Chinas, die Lehren aus dem Einsatz in Afghanistan, die verheerenden globalen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, Russlands hybride Kriegsführung, die anhaltende Instabilität im Nahen Osten, die Verbreitung aufkommender disruptiver Technologien sowie die Auswirkungen des Klimawandels behandeln. Politische Konsultation und Kooperation seien entscheidend. Die Verbündeten sollten ihr Engagement für die transatlantische Solidarität bekräftigen. Er empfahl, das von der Versammlung vorgeschlagene Zentrum für Demokratische Resilienz zu errichten, die Höhe der nationalen Verteidigungshaushalte zu gewährleisten, auf eine Annäherung in der Einschätzung Chinas hinzuwirken und die Bemühungen um den Aufbau einer Partnerschaft mit der EU fortzusetzen. Er legte dar, dass der Grundsatz des gemeinsamen Engagements in allen NATO-Missionen und -Operationen angewandt werden solle. Die NATO beweise kontinuierlich ihre Fähigkeiten, Konsens zu finden und die Kernaufgaben des Bündnisses zu erfüllen. Die anstehende Überarbeitung des Strategischen Konzepts der NATO biete eine Chance, eine neue transatlantische Strategie zu besiegeln, die auf das sich ändernde Sicherheitsumfeld zugeschnitten sei und das volle Potenzial der NATO nutze.

Der Berichtsentwurf wurde angenommen.

#### **10. Beratung des Entschließungsentwurfs „Bekräftigung des transatlantischen Zusammenhalts und Umsetzung der Entscheidungen des Brüsseler Gipfels 2021“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Brendan Francis Boyle (Vereinigte Staaten)**

**Brendan Francis Boyle** führte die Bedeutung der beim NATO-Gipfel in Brüssel in 2021 getroffenen Entscheidungen aus und erklärte, die Überarbeitung des Strategischen Konzepts werde zeitgemäß sein. Die Verbündeten müssten praktische Wege finden, damit die NATO die gemeinsamen demokratischen Werte fördern und verteidigen könne. Die politischen Konsultationen müssten aktiver genutzt, die NATO Streitkräftestruktur modernisiert und die strategische Partnerschaft mit der EU gestärkt werden. Die Verbündeten sollten in ihrer Herangehensweise gegenüber Russland und China Beständigkeit demonstrieren und Angriffen auf die regelbasierte Weltordnung

standhaft entgegneten. Die NATO-Partnerschaftspolitik solle ambitioniert sein, demokratische Staaten im Indopazifik einbeziehen und die Ukraine, Georgien sowie Bosnien und Herzegowina auf ihrem Weg zur euro-atlantischen Integration mehr unterstützen.

Von den 19 Änderungsanträgen wurden 17 teilweise mit Änderungen angenommen und zwei zurückgezogen.

Der Entschließungsentwurf wurde in der geänderten Fassung angenommen.

## 11. Wahl von Amtsträgern

Brendan Francis Boyle (Vereinigte Staaten von Amerika) wurde zum Vorsitzenden, Ahmet Berat Conkar (Türkei) zum Stellvertreter, Ojārs Ēriks Kalniņš (Lettland) zum Generalberichterstatter gewählt. Marcos Perestrello De Vasconcellos (Portugal) wurde zum Vorsitzenden des Unterausschusses „NATO-Partnerschaften“ (PCNP), Dr. Marcus Faber (FDP) zu seinem Stellvertreter gewählt. Für den Unterausschuss „Transatlantische Beziehungen“ (PCTR) wurden Alberto Pagani (Italien) und Austin Scott (Vereinigte Staaten) gewählt. Zum Mitglied des Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rats wurde Audronius Azubalis (Litauen) und als stellvertretendes Mitglied Theo Francken (Belgien) gewählt.

## IV. Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit

Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit tagte am Samstag, 9. Oktober, und Sonntag, 10. Oktober 2021, unter dem stellvertretenden Vorsitz von **Utku Cakirozer** (Türkei). Schwerpunkte der Beratungen waren die Herausforderungen durch den Aufstieg Chinas, die Lehren aus dem NATO-Einsatz in Afghanistan, Sicherheitsfragen im Hohen Norden sowie Aspekte der Verteidigungs- und Abschreckungspolitik der NATO.

### 1. Ansprache des portugiesischen Verteidigungsministers João Gomes Cravinho

**João Gomes Cravinho** betonte, das neue Strategische Konzept der NATO müsse die neuen strategischen Realitäten des Sicherheitsumfelds, vor allem den Aufstieg Chinas, das aggressive Auftreten Russlands und die neuen disruptiven Technologien einbeziehen. Die NATO habe Nachholbedarf auf den Gebieten der Quanteninformatik und des Cyberspaces. Für Portugal sei wichtig, dass die NATO kein Machtvakuum an ihrer Südflanke entstehen lasse. Die Marine nehme in der portugiesischen Verteidigungspolitik eine herausragende Rolle ein, die im Hinblick auf den zum großen Teil über die Weltmeere abgewickelten Welthandel auch für alle Bündnispartner von großer Bedeutung sei. Die maritime Sicherheit der NATO müsse daher neu gedacht werden.

In der Diskussion unterstrich **Zarida Cantera** (Spanien), auch die Herausforderungen an der Südflanke, wie beispielsweise der islamistische Terrorismus in der Sahel-Zone und die Migrationsströme, müssten angesprochen werden. **João Gomes Cravinho** bekräftigte, dass diese Herausforderungen eine ernsthafte Bedrohung für die europäische Sicherheit darstellten. Eine verstärkte EU-NATO-Kooperation sei notwendig. **Lara Martinho** (Portugal) erkundigte sich, wie Portugal zur Stärkung der Kooperation auf dem Gebiet der maritimen Sicherheit beitragen könne. **João Gomes Cravinho** verwies auf Portugals Erfahrungen als maritime Nation und den Atlantik als das verbindende Element der Allianz. **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich) fragte vor dem Hintergrund der zunehmenden chinesischen Aggressionen gegenüber Taiwan, was die NATO gegen den chinesischen Expansionismus im Pazifik unternehmen solle. **João Gomes Cravinho** erklärte, die NATO sei zuvorderst ein regionales Verteidigungsbündnis, was sich bereits mit dem geographischen Bezug in ihrem Namen ergebe. Die Geographie werde manchmal von anderen Realitäten wie der Globalisierung und dem Cyber überholt, so dass die NATO diesen gegenüber wachsam sein müsse. Partnerschaften seien daher das richtige Mittel, um den außerhalb des Nordatlantikraums auftretenden Realitäten zu begegnen.

### 2. Vortrag von Oberleutnant Marco Serronha, Stabschef des Gemeinsamen Kommandos für militärische Operationen, zum Thema „Die Auswirkungen des neuen Sicherheitsparadigmas in Afrika auf die euro-atlantische Sicherheit: Gründe für eine Überprüfung des Aktionsradius des Bündnisses?“

**Marco Serronha** erläuterte, in Afrika seien zahlreiche militante und islamistische Gruppen aktiv, die als organisierte Verbrecher insbesondere als Waffenhändler und Schleuserbanden aufträten. Er habe an Programmen und Operationen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung solcher Gruppen teilgenommen. Es habe sich herausgestellt, dass einige der VN-Kontingente sich nicht als ausreichend leistungsfähig erwiesen hätten. Die VN-Missionen seien in einigen betroffenen Ländern schlecht angesehen. Zudem stelle sich das russische Engagement in der

Region als Problem dar, so beispielsweise seien von Russland finanzierte Söldner (Wagner-Gruppe) in der Zentralafrikanischen Republik aktiv. China trete ebenfalls als Akteur auf, handele aber weitaus diskreter als Russland. Im Rahmen der Neuen Seidenstraße tätige China erhebliche Investitionen, die an Gegenleistungen und strengen Bedingungen geknüpft seien. Ein gravierendes Sicherheitsproblem stelle die ausufernde Piraterie im Golf von Guinea dar, wo die NATO unbedingt aktiv werden müsse. Grundsätzlich solle die NATO mehr zur Verbesserung der Sicherheitslage in Afrika beitragen und den Aktivitäten der strategischen Wettbewerber mehr entgegensetzen. Er kritisierte, dass die NATO nur Beratung und Unterstützung anbiete, während Russland darüber hinaus auch „Training, Begleitung und Bekämpfung“ (Train, Advice, Assist, Accompany, Fight= TAAAF) leiste. Die NATO solle mehr für die afrikanische Sicherheitsarchitektur leisten, insbesondere mit der Afrikanischen Union (AU) zusammenarbeiten und auf eine bessere Abstimmung zwischen den Organisationen NATO, EU, VN und AU hinwirken. Ferner solle die NATO Operationen zur Stärkung der maritimen Sicherheit organisieren sowie, wenn erforderlich, Kampfhandlungen vornehmen. Nötig sei auch die Ausbildung afrikanischer Streitkräfte für die Teilnahme an VN-Missionen.

In der Diskussion stellte **Roberta Pinotti** (Italien) fest, dass die NATO nicht über für die Bekämpfung der terroristischen Bedrohung an der Südflanke geeignete Instrumentarien verfüge und erkundigte sich, ob die NATO über präventive Werkzeuge nachdenken solle. **Marco Serronha** antwortete, Prävention sei das beste Mittel gegenüber diesen Bedrohungen und seiner Ansicht nach verfüge die NATO über die entsprechenden Werkzeuge. **Athanasios Davakis** (Griechenland) fragte, ob die aus dem Einsatz in Afghanistan gezogenen Lehren auf Einsätze in Afrika übertragbar seien. **Marco Serronha** erläuterte, die Erkenntnisse aus dem Afghanistaneinsatz seien in der NATO aufgenommen worden, insbesondere seien verbesserte Konsultationen bei der Zusammenarbeit erforderlich. **Lara Martinho** (Portugal) erkundigte sich, inwieweit Chinas geplante Marinebasen in Afrika die euro-atlantische Sicherheit beeinflussten. **Marco Serronha** erwiderte, China plane zwei bis drei Basen, die aufgrund des zunächst an den Bodenschätzen orientierten chinesischen Interesses als kommerzielle Häfen dienten. Die Möglichkeit einer Umwandlung zu einer militärischen Nutzung bestehe jedoch.

**3. Podiumsdiskussion mit Meia Nouwens, Senior Fellow für chinesische Verteidigungspolitik und militärische Modernisierung, International Institute for Strategic Studies (IISS), zum Thema „Die Auswirkungen des Aufstiegs Chinas auf die euro-atlantische Gemeinschaft“ sowie mit Marc Julienne, Leiter der China-Forschung im Zentrum für Asienstudien des Französischen Instituts für Internationale Beziehungen, zum Thema „Der strategische Aufstieg Chinas: Eine Herausforderung für die NATO?“**

**Meia Nouwens** erklärte, China habe sich unter Präsident Xi weitreichend verändert, der innerhalb des Staates über unbeschränkte Macht verfüge. China habe das zweitgrößte Verteidigungsbudget der Welt und interne Probleme, die durch geschickte Außendarstellung verschleiert würden. China sei grundsätzlich nicht mehr nur Partner, sondern zunehmend auch Rivale, worauf die NATO nüchtern und nicht naiv reagieren solle. In 2021 sei China der wichtigste Handelspartner für Europa geworden, in Europa existiere jedoch keine einheitliche Politik gegenüber China, was eine besondere Herausforderung darstelle. Auf regionaler Ebene arbeiteten Russland und China verstärkt zusammen. China exportiere zunehmend Waffen, unter anderem hoch entwickelte Drohnen, und expandiere verstärkt nach Afrika, wo es ökonomisch, militärisch und seit der COVID-19-Pandemie auch im medizinischen Bereich auftrete. Dieser Prozess könne als „Scheckbuchdiplomatie“ bezeichnet werden. Die massiven Investitionen in die Infrastruktur im Rahmen der Neuen Seidenstraße werfen die Frage der Nutzung für militärische Zwecke auf. Die technologische Dominanz, insbesondere in den Bereichen Überwachungstechnik und Kommunikation, die auch für militärische Ziele eingesetzt werden könnten, sei derzeit noch nicht abzuschätzen. Die euro-atlantische Zusammenarbeit müsse gestärkt werden, um eine einheitliche Antwort gegenüber China zu finden, und die NATO dem indopazifischen Raum mehr Aufmerksamkeit widmen.

**Marc Julienne** betonte, die hybride Kriegsführung durch China sei die zentrale militärische Herausforderung. China habe seine nuklearen Abschreckungskapazitäten enorm gestärkt. Auf Satellitenbildern seien mehr als 200 Silos für interkontinentale ballistische Raketen entdeckt worden. Sollten diese mit Atomsprengköpfen bestückt sein, bedeutete dies die größte Erhöhung atomarer Kapazitäten seit dem Kalten Krieg und würde den offiziellen chinesischen Ansatz der minimalen Abschreckung in Frage stellen. Die Bereiche Cyber und Weltraum seien zu betrachten, da China offen zugebe, diese zu militarisieren. Die Volksbefreiungsarmee messe Hackerangriffen große Bedeutung zu. Auch spiele die Marine eine immer wichtigere Rolle. China verfüge über 14.000 km Küstenlinie. Die in der Vergangenheit vermehrt zu beobachtenden territorialen Verletzungen beunruhigten sehr die Nachbarstaaten. China setze eine Meeresmiliz in Form von Fischerbooten ein, die die Anweisungen des Militärs



befolgt. Die Maßnahmen würden sich insbesondere gegen die Philippinen, Malaysia und Vietnam richten. In der Region herrsche ein sehr volatiles Sicherheitsumfeld. China übe verstärkt politischen Einfluss auf andere Staaten aus, auch in den NATO-Mitgliedstaaten versuche die chinesische kommunistische Partei ihre Vorstellungen über eingeschränkten Menschenrechten und begrenzter Meinungsfreiheit zu verbreiten. Die NATO solle eine gemeinsame Haltung entwickeln sowie ihre Partnerschaften erweitern und vertiefen. Eine direkte Einmischung der NATO im pazifischen Raum könne zu einer Verschärfung der unsicheren Lage führen und im Falle eines militärischen Unfalls sei die chinesische Reaktion nicht vorhersehbar. Die zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich und Australien geschlossene Sicherheitspartnerschaft sei hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der NATO als eher negativ zu bewerten. Die NATO solle sich daher auf die Probleme im euro-atlantischen Raum fokussieren und von einer Ausdehnung in den indopazifischen Raum absehen.

In der Diskussion bestand Einigkeit, dass für alle NATO-Mitgliedsstaaten China eine große Herausforderung darstelle. Auf die Frage von **Andrea Orsini** (Italien), ob mit der quantitativen Zunahme chinesischer Waffensysteme auch eine qualitative Verbesserung einhergehe, erwiderte **Meia Nouwens**, es müsse zwischen den einzelnen Sektoren differenziert werden. Die Marine beispielsweise werde sowohl quantitativ als auch qualitativ ausgebaut, wegen aufgetretenen Ausbildungsengpässen werde es noch längere Zeit bis zur vollen Operabilität dauern. Auf die Frage von **Rick Larsen** (Vereinigte Staaten) nach einer Begrenzung chinesischer Investitionen in kritische Infrastrukturen führte **Meia Nouwens** aus, die Verbündeten sollten die Schwelle für die Überprüfung solcher Investitionen niedrig ansetzen, so dass nicht nur Großübernahmen überprüft würden. **Attila Mesterhazy** (Ungarn) erkundigte sich nach der Möglichkeit einer Verständigung auf eine einheitliche europäische Haltung gegenüber China. **Meia Nouwens** und **Marc Julienne** stimmten darin überein, dass die noch bestehenden Meinungsunterschiede überwindbar seien. Alle Mitgliedsstaaten seien sich einig, dass China ein systemischer Rivale sei. **Jeroen van Wijngaarden** (Niederlande) erkundigte sich nach den Risiken einer verstärkten Partnerschaft der NATO mit Staaten im Indopazifik. **Marc Julienne** erläuterte, China würde solche Partnerschaften nicht wohlwollend auffassen, die Risiken seien jedoch überschaubar, da es sich dabei nicht um echte Bündnisse handele.

#### **4. Beratung des Berichtsentwurfs „Chinas Verteidigungsfähigkeit: Konsequenzen für die NATO“ des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“, vorgelegt von der Berichterstatterin Lara Martinho (Portugal)**

**Lara Martinho** erklärte, die Neue Seidenstraße (Belt and Road Initiative) sei von besonderer Bedeutung und Ausdruck der zunehmenden Ambitionen sowie Reichweite der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflussnahme Chinas. Länder entlang der Route seien gegenüber China hoch verschuldet. Der Aufstieg Chinas stelle ein Kernthema bei der Überarbeitung des neuen Strategischen Konzepts der NATO dar und betreffe besonders die Bereiche Meer, Cyber und Weltraum. Das wachsende chinesische Kernwaffenarsenal sei Grund zur Beunruhigung und bringe das weltweite Gleichgewicht in Gefahr. Das neue Strategische Konzept solle helfen, die Demokratie, die individuelle Freiheit und die Rechtsstaatlichkeit als Werte zu verteidigen und zu bewahren. In der Auseinandersetzung mit den chinesischen neuen und disruptiven Technologien müsse das Bündnis seine Ressourcen bündeln und Informationen austauschen. Generell solle der Dialog mit China, insbesondere auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle, ausgebaut werden.

In der Diskussion fragte **Utku Cakirozer** (Türkei), inwieweit sich die Abhängigkeit von China während der Pandemie entwickelt habe. **Lara Martinho** erwiderte, die Pandemie habe sehr deutlich gezeigt, dass die Abhängigkeit von China, beispielsweise im medizinischen Bereich, zu groß sei. Bestimmte abgewanderte Branchen müssten zurückgeholt werden. Auf die Anmerkung seitens **Rick Larsen** (Vereinigte Staaten), dass ein Fokus auch auf den Indopazifik gelegt werden solle, erläuterte **Lara Martinho**, die Lage im Indopazifik wirke sich natürlich auch auf das euro-atlantische Bündnis aus. Jedoch sei nicht zu übersehen, dass China auch zum Atlantik strebe.

Der Bericht wurde angenommen.

#### **5. Vortrag von Dr. John Manza, Stellvertretender Generalsekretär für NATO-Einsätze, zum Thema „Afghanistan: Neue Realitäten“**

**Dr. John Manza** ging auf den verlorenen Krieg in Afghanistan ein und erklärte, positiv hervorzuheben sei, dass die NATO mit Hilfe der schnellen Einsatztruppe erfolgreich afghanische Ortskräfte und deren Familien evakuiert habe. Im Kosovo sei in Rekordzeit ein hochqualitatives Camp errichtet worden. Problematisch sei die weitere Verteilung der evakuierten Ortskräfte, da diese nur in die Länder USA, Vereinigtes Königreich, Kanada, und Deutschland gehen wollten. In Bezug auf die Terrorismusbekämpfung sei festzuhalten, dass die Terrormiliz des

sogenannten Islamischen Staates in Afghanistan nach wie vor aktiv sei. Unter der Herrschaft der Taliban habe sich das Leben in Afghanistan insbesondere für Minderheiten verschlechtert. Islamisches Recht würde durchgesetzt und die allgemeine humanitäre Situation sei im Hinblick auf den nahenden Winter als schlecht zu bewerten. Immerhin lägen nun erste Ergebnisse des Lessons-Learned-Prozesses vor. Rückblickend könne man sagen, dass der Einsatz in Afghanistan nie ein vitales Interesse der NATO dargestellt habe. Nach gewisser Zeit habe der Aufwand in immer größerem Missverhältnis zum verfolgten Interesse gestanden. Mit Anwachsen der Truppengröße über 100.000 sei ein Abzug immer schwieriger geworden. Zudem habe man festgestellt, dass der Weg der Berichte vom Einsatzort bis zum Rat zu viel Zeit in Anspruch genommen habe und dabei zu sehr verwässert worden seien. Des Weiteren bestehe ein Mangel an Konsultationen zwischen den Bündnispartnern. Dieselben Fehler dürften nicht erneut begangen werden.

In der Diskussion merkte **Dr. John Manza** auf die Frage von **Alec Shelbrook** (Vereinigtes Königreich) an, dass regionale Akteure am Hindukusch bei der Evakuierungsmission nicht hilfreich gewesen seien. Auf die Frage von **Kamil Aydin** (Türkei) zur Zukunft Afghanistans, zeichnete **Dr. John Manza** ein düsteres Bild. Das Land könne schnell in einen Bürgerkrieg abrutschen und für Minderheiten im Land seien die Aussichten schlecht. **Rick Larsen** (Vereinigte Staaten) führte aus, im US-Kongress werde aktuell ein vergleichbarer Lessons-Learned-Prozess durchgeführt und fragte, welche weiteren Lehren die NATO aus dem Einsatz gezogen habe. **Dr. John Manza** erwiderte, er halte die unmittelbare Durchsetzung von demokratischen Wahlen in Afghanistan rückblickend für einen großen Fehler. Das Land und die Gesellschaft seien dafür nicht bereit gewesen. **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich) erkundigte sich, inwieweit eine schleichende Ausweitung von Einsätzen über das ursprünglich anvisierte Maß hinaus in Zukunft verhindert werden könne. **Dr. John Manza** erklärte, dass mehr Realismus nötig sei. In den Hauptstädten der Bündnispartner gäbe es meist völlig unrealistische Vorstellungen, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeiten der Einflussnahme auf Gesellschaftssysteme.

#### **6. Beratung des Berichtsentwurfs „Sicherheitspolitische Herausforderungen in der Arktis“ des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“, vorgelegt von dem Berichterstatter Jean-Charles Larssonneur (Frankreich)**

**Jean-Charles Larssonneur** erklärte, das Abschmelzen des Packeises in der Arktis eröffne zwei neue Schifffahrtsrouten: Die Nord- und die Nordwestpassage. Neue Ressourcen, insbesondere Erz, Fisch, Seltene Erden, Öl und Gas seien somit erschließbar. Russland beanspruche einen Großteil des arktischen Meeresbodens für sich und zeige generell große Ambitionen in dem Gebiet. Die militärische Aktivität in der Region habe ein Allzeithoch erreicht. Er begrüßte die Durchführung von NATO-Übungen in dem Gebiet. Auch China versuche sich, trotz der eigentlichen geographischen Distanz, in der Gegend als Akteur zu etablieren. Mit dem Arktischen Rat existiere eine Plattform für Kooperation, militärische Themen würden jedoch ausgeklammert.

In der anschließenden Diskussion berieten die Delegierten über mögliche Interessenskonflikte und Spannungen zwischen Russland und China in der Region. Der Bericht wurde angenommen.

#### **7. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Internationale Rüstungskontrolle: künftige Herausforderungen“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Cédric Perrin (Frankreich)**

**Cédric Perrin** erläuterte, die entdeckten über 200 Silos für neue ballistische Interkontinentalraketen in der chinesischen Wüste stellten die größte Aufrüstung seit Ende des Kalten Krieges dar. Neben Russland und den USA entstehe mit China eine dritte Atom-Supermacht. Auch Russland modernisiere sein Kernwaffenarsenal und habe einen neuen atomar betriebenen Torpedo entwickelt, der mit Kernwaffen bestückt werden könne. Zu Russland bestünden glücklicherweise weiterhin die Kommunikationskanäle aus dem Kalten Krieg. Ungewissheiten veranlassten Akteure zu einem Wettrüsten. Die Rüstungskontrolle sei von großer Bedeutung, da sie Gleichgewicht und Stabilität herstelle. Die Wiederaufnahme eines Dialogs zwischen den USA und Russland sei positiv. Eventuell könne ein solcher Dialog auch mit China geführt werden. Bisher habe China dies mit dem Hinweis auf die deutliche Überlegenheit der USA und Russlands abgelehnt. Angesichts der massiven Aufrüstung Chinas trage dieses Argument nicht mehr. Der Raum für einen neuen Vertrag sei eröffnet. Er sprach sich für eine überprüfbare Rüstungskontrolle und gegen eine einseitige Abrüstung der NATO-Bündnispartner aus.

In der anschließenden Diskussion debattierten die Delegierten unter anderem über die Notwendigkeit der Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen für den bisher regelungsfreien Weltraum.

Der Generalberichtsentwurf wurde angenommen.

## 8. Vortrag von Brigadegeneral Marcus Annibale, Stabschef der Naval Striking and Support Forces der NATO, zum Thema „Die Naval Striking and Support Forces der NATO“

**Marcus Annibale** stellte die Arbeit der Naval Striking and Support Forces der NATO (STRIKFORNATO) vor, die als ein Teil der Truppenstruktur der NATO ein Kampf- und Unterstützungsverband für maritime Operationen sei. 13 Mitgliedsstaaten nehmen an ihr teil, Kommandeur sei Eugene H. Black von der US-Navy. Das Hauptquartier befinde sich in Oeiras, Portugal. STRIKFORNATO sei an zahlreichen Manövern und Übungen beteiligt gewesen, beispielsweise „Baltops“ und „Trident Jupiter 2019“. Ein aktuelles Projekt sei „Project Neptune“, das in die Bereiche Personal, Bereitschaft und Ausrüstung unterteilt werde. Ziel sei eine enorme Beschleunigung der Kommandoübergabe zwischen der 6. US-Flotte und STRIKFORNATO während der kritischen Phase der Erstreaktion auf eine Krise.

In der Diskussion fragte **Alec Shelbrook** (Vereinigtes Königreich), wie das starke Wachstum der russischen Kampfschiffflotte einzuschätzen sei. **Marcus Annibale** erwiderte, er sei über die starke russische Aufrüstung sehr besorgt, auch in Bezug auf die U-Boot-Flotte. Die NATO solle sich dem stellen und den Ball zurückspielen. **Solomiia Bobrovska** (Ukraine, assoziierte Partner) erkundigte sich, ob Pläne für Übungen im Schwarzen Meer sowie die Einbindung der Ukraine existierten. **Marcus Annibale** erklärte, er dürfe sich aufgrund von Geheimhaltungspflichten nicht explizit dazu äußern. In der Zukunft solle das Schwarze Meer aber in Manöver eingebunden werden. Auch mit der Ukraine liefen Gespräche, eventuell könne diese an „Baltops“ teilnehmen.

## 9. Vortrag von Brigadegeneral Bogdan Cernat, Kommandeur des NATO Joint Analysis & Lessons Learned Centre (JALLC), zum Thema „Der Beitrag des JALLC zu den Leistungen der NATO in Afghanistan“

**Bogdan Cernat** erklärte, das in Lissabon angesiedelte Joint Analysis & Lessons Learned Centre (JALLC) sei Teil der Kommandostruktur der NATO und leiste einen wichtigen Beitrag für die Zukunft der NATO. Über die vier Kernbereiche Analyse, Lessons Learned, Unterstützung von Einsätzen und Übungen sowie Fortbildungen unterstütze es die bündnisweite Umsetzung der Lessons Learned-Politik der NATO. Jeder Lessons Learned-Prozess beginne mit einer Beobachtung und Analyse, daraus folgten eine Entscheidung sowie deren Umsetzung. Für den Einsatz in Afghanistan habe man viel Informationsanalyse zur Vorbereitung der Truppen betrieben und somit die Anzahl ziviler Opfer erheblich reduzieren können. In dem Prozess seien auch Mitarbeiter des JALLC vor Ort gewesen. Aktuelle Projekte würden sich mit dem Thema Integrität bei Einsätzen sowie den strategischen Erfahrungen der Ausbildungs- und Schulungsmission in Afghanistan beschäftigen.

In der Diskussion führte **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich) aus, die bisherigen Lehren aus Afghanistan seien deckungsgleich zu denen vergangener Einsätze, eine Verhaltensänderung könne er nicht erkennen. **Bogdan Cernat** erwiderte, Aufgabe des JALLC sei, die Fehler sichtbar zu machen. Konkrete Gegenmaßnahmen müssten von den politischen Entscheidungsträgern getroffen werden.

## 10. Vortrag von Mathieu Boulegue, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Russland- und Eurasienprogramms des Chatham House, zum Thema „Bewertung der russischen Sicht auf die Verteidigungs-, Abschreckungs- und Dialogposition der NATO“

**Mathieu Boulegue** erläuterte, in Russland herrsche hinsichtlich der mit den Truppenverstärkungen und Verschiebungen von Truppen gestärkten NATO-Verteidigungsposition das Narrativ einer Belagerung durch die NATO vor, die als Bedrohung wahrgenommen werde. Russland sehe sich in einem aktiven Konflikt. Die russische Kriegsführung stütze sich zunehmend auf einen hybriden Ansatz, da Russland sich auf klassisch militärischem Gebiet als unterlegen einschätze. Russland investiere daher massiv in seine Luftabwehr-, Weltraum- und Cyberfähigkeiten. Die NATO solle ihre Luftabwehr und Präzisionslenkwaffen verbessern sowie die Verteidigungsbereitschaft erhöhen. Die sanktionsbasierte Abschreckungspolitik der NATO führe zu gemischten Resultaten. Die außenpolitischen Wahrnehmungen Russlands seien unanfechtbar und durch ein defensives Unterlegenheitssyndrom gekennzeichnet. Die Abschreckung solle neu gedacht werden, die NATO die Initiative ergreifen und eine asymmetrische sowie gebietsübergreifende Abschreckung vornehmen. Die militärischen Schwächen Russlands müssten analysiert und ausgenutzt werden. Die NATO solle bei Übungen Zeichen setzen und Stärke demonstrieren. Im Dialog mit Russland warnte er vor falschen Annahmen. Russland sei nicht an einer Deeskalation oder vertrauensvollen Zusammenarbeit interessiert. Die NATO solle einen entpolitisierten, interessenbasierten und selektiven Dialog mit Russland führen. Generell müsse man die neue Normalität in Form eines angespannten Verhältnisses akzeptieren.

In der Diskussion erkundigte sich **Bob Stewart** (Vereinigtes Königreich), wie die NATO in der Anfangsphase eines Konfliktes agieren solle, da Russland die Zeit der Konsultationen zwischen den Bündnispartnern zu Artikel 5 des Nordatlantikvertrages dazu nutzen würde, Zwietracht zu säen. **Mathieu Boulegue** stimmte der Einschätzung zu und führte aus, die NATO müsse in der Frühphase eines Konfliktes bereit sein, schneller zu handeln und kohärent zu agieren. **Dr. Fritz Felgentreu** (SPD) merkte an, man habe den Eindruck, Russlands Operationen seien zuletzt vor allem elektronischer Natur. Dies entspräche aber im Wesentlichen den alten sowjetischen Praktiken. Er fragte, wie man bei der Erwidern eines Cyberangriffs sicherstellen könne, den richtigen Urheber zu treffen. **Mathieu Boulegue** stimmte dem zu und führte aus, die aktuellen russischen Truppen wiesen letztlich das gleiche Niveau wie in sowjetischen Zeiten auf. Bestehende Lücken würden mit neuer Technik gefüllt, was aber nur begrenzt wirkungsvoll sei. Die NATO müsse Russland seine Grenzen aufzeigen. Russland sei zum Beispiel nicht in der Lage, Einsätze über einen längeren Zeitraum aufrechtzuerhalten. Bei Cyberangriffen müsse rechtlich geklärt werden, wer für den Angriff verantwortlich sei. Problematisch sei, dass Russland oft junge Leute, teils auch mit nicht-russischer Staatsbürgerschaft, zur Durchführung solcher Angriffe anweise.

#### 11. **Beratung und Abstimmung des Entschließungsentwurfs „Die Unterstützung des Bekenntnisses der NATO zu mehr Verteidigung und Abschreckung bis 2030“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Cédric Perrin (Frankreich)**

Änderungsanträge der lettischen Delegation wurden beraten und angenommen. Die Anträge von Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Sorin Mihai Grindeanu (Rumänien), Irakli Beraia (Georgien, assoziierter Partner) und Zaida Cantera (Spanien) wurden abgelehnt.

Der Entwurf der Entschließung wurde in geänderter Fassung angenommen.

#### 12. **Beratung und Abstimmung des Entschließungsentwurfs „Die Erfahrungen aus dem Engagement der NATO in Afghanistan nutzen“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Cédric Perrin (Frankreich)**

Änderungsanträge der amerikanischen, ukrainischen, lettischen, türkischen und italienischen Delegationen wurden beraten und angenommen. Die Anträge von Zaida Cantera (Spanien), Mihaly Balla (Ungarn), Arta Bilalli-Zendeli (Nordmazedonien) und Theo Francken (Belgien) wurden abgelehnt.

Der Entwurf der Entschließung wurde in geänderter Fassung angenommen.

#### 13. **Wahl von Amtsträgern**

Alec Shelbrook (Vereinigtes Königreich) wurde zum Vorsitzenden, Michael Turner (Vereinigte Staaten) zum stellvertretenden Vorsitzenden, Lara Martinho (Portugal) zur Sonderberichterstatterin, Attila Mesterhazy (Ungarn) zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Zukünftige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeiten“ und Roberta Pinotti (Italien) zu dessen Berichterstatterin gewählt. Lord Campbell of Pittenweem (Vereinigtes Königreich) wurde zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitszusammenarbeit“ und Andrea Orsini (Italien) zu dessen stellvertretendem Vorsitzenden gewählt.

### V. **Ausschuss für Demokratie und Sicherheit**

Der Ausschuss für Demokratie und Sicherheit tagte am Samstag, 9. Oktober, und Sonntag, 10. Oktober 2021, unter dem Ausschussvorsitzenden **Angel Tilvar** (Rumänien). Er dankte Lord Jopling (Vereinigtes Königreich) und Ulla Schmidt (SPD) für ihre herausragenden Beiträge und langjähriges Engagement. Schwerpunkte der Beratungen waren die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und das portugiesische Impfprogramm, die Lage in den MENA-Ländern und Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit des Bündnisses.

### 1. Vortrag von Vizeadmiral Henrique Gouveia E Melo, Leiter der Task Force für die Impfung, zum Thema „Portugals Kampf gegen die Covid-19-Pandemie“

**Henrique Gouveia E Melo** erläuterte, anhand des portugiesischen Impfplans solle die Steuerung der Impfungen verbessert, in die Reaktionsfähigkeit des Staates investiert, die Öffentlichkeit über das Programm informiert sowie die Prozesse und Prioritäten definiert werden. Der Plan werde kontinuierlich überwacht und angepasst. Der Vizeadmiral betonte, seine Zugehörigkeit zum Militär ermögliche es, als neutrale Führungsperson wahrgenommen zu werden und eine Politisierung der Impfkampagne zu vermeiden. Er betonte die Verantwortung der Partner, die Impfbemühungen weltweit fortzusetzen.

Auf die Frage von **Rodrigue Demeuse** (Belgien) nach der Strategie, mit der schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise Migrantinnen und Migranten, von einer Impfung überzeugt werden könnten, erklärte Vizeadmiral **Melo**, das Vorgehen in Portugal ermögliche auch die Impfung für Personen ohne Papiere und ohne dass Fragen zum Aufenthalt gestellt würden. Die Medien unterstützten die Impfbemühungen und seien nur in Ausnahmefällen Plattform für Impfgegner.

### 2. Podiumsdiskussion mit Dr. Stéphane Lacroix, CERI Science Politiques Paris, zum Thema „MENA-Gesellschaften zehn Jahre nach den Aufständen“

**Dr. Stéphane Lacroix** legte dar, die Aufstände von 2011 seien in der MENA-Region (Naher Osten und Nordafrika) ursprünglich auf eine Lockerung der autoritären Regime in den 1990er und 2000er Jahren zurückzuführen. Wirtschaftliche Ungleichheit, fehlende Einbeziehung der Jugend in die politischen und wirtschaftlichen Systeme und die weit verbreitete Korruption hätten zu den Protesten beigetragen. Die Revolutionen seien nicht von der Justiz unterstützt und sozioökonomische Bedürfnisse der Bevölkerung seien vernachlässigt worden. Daher seien fragile Demokratien entstanden. Nach den Aufständen sei die Region nicht ausreichend unterstützt worden. Die verstärkte Armut und Ungleichheit hätten bei den Bürgerinnen und Bürgern zu einer Enttäuschung über die Demokratie geführt. Autoritäre Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien füllten die Lücke und förderten ihr Modell der Staatsführung. Die verbliebenen oder neu entstandenen repressiven Regime ließen heute viel weniger Raum für die politische Opposition oder für die Entwicklung der Zivilgesellschaft als vor 2011. Die fehlende glaubwürdige demokratische Vertretung in Verbindung mit der schlechten wirtschaftlichen Lage in der Region schürten soziale und politische Spannungen und könnten Extremisten begünstigen.

### 3. Beratung des Berichtsentwurfs „Zehn Jahre nach den arabischen Aufständen: Demokratische Erwartungen und Enttäuschungen“ des Unterausschusses „Resilienz und zivile Sicherheit“, vorgelegt von der Berichterstatteerin Anissa Khedher (Frankreich)

**Anissa Khedher** betonte, die Erwartungen an den arabischen Frühling seien nicht erfüllt worden. Der Schwung nach den Protesten sei schnell einem demokratischen Rückschritt gewichen. Die Protestwelle in 2019 habe gezeigt, dass die Frustrationen heute noch zu spüren seien, vor allem im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie. Die arabischen Aufstände hätten aber auch positive Veränderungen, wie die Entwicklung einer wachsenden Zivilgesellschaft und die stärkere Rolle der Jugend als Kraft des Wandels mit sich gebracht. Die schwierigen sozioökonomischen Bedingungen, die mangelnde Achtung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit sowie die anhaltende Rolle des Militärs in politischen Angelegenheiten behinderten den Demokratisierungsprozess. Tunesien habe kontinuierliche Fortschritte beim demokratischen Übergang gemacht, sei aber bei der Modernisierung seines sozioökonomischen Modells gescheitert. Im Juli 2021 habe der Präsident eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die staatliche Institutionen einschließlich das Parlament vorübergehend entmachtet hätten. Es sei wichtig, die in Tunesien und in der gesamten Region erzielten Fortschritte zu schützen. Die Stabilität in der MENA-Region sei entscheidend für die Sicherheit der Alliierten. Die Zusammenarbeit mit der Region solle daher verstärkt werden. Die Stabilität hänge in hohem Maße von der Fähigkeit der staatlichen Institutionen ab, die demokratischen und sozioökonomischen Erwartungen ihrer Bevölkerungen zu erfüllen.

Auf die Frage von **Manousos Konstantinos Voloudakis** (Griechenland) nach den im Dezember in Libyen geplanten Wahlen antwortete **Anissa Khedher**, dass die Wahlen eine Gelegenheit für den Beginn eines Demokratisierungsprozesses sein könnten. **Dr. Stéphane Lacroix** betonte, in den letzten zehn Jahren habe Libyen unter Instabilität und Einmischung von außen gelitten. Auf die Frage nach der Wirksamkeit von Sanktionen gegen Syrien antwortete er, ihre Aufhebung könne nicht unbedingt das Leid der syrischen Bevölkerung lindern und nur dann zu Fortschritten führen, wenn eine Einigung zwischen allen Beteiligten über eine politische Lösung voraus-

ginge. Sanktionen könnten auch kontraproduktiv sein und den Regimen eine Rechtfertigung für ihre nationalistische Rhetorik liefern. Auf die Frage nach der mangelnden Unterstützung durch westliche Länder erklärte Dr. Lacroix, dass die Unterstützung für die demokratischen Kräfte in der arabischen Welt verstärkt werden sollte. Zu Tunesien äußerte er die Befürchtung, dass die Desillusionierung der Öffentlichkeit über die Demokratie die seit 2011 erzielten Fortschritte untergraben könne.

Der überarbeitete Berichtsentwurf wurde angenommen.

#### 4. **Vortrag von David van Weel, stellvertretender NATO-Generalsekretär für neue Sicherheitsherausforderungen, zum Thema „Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit des Bündnisses“**

**David van Weel** erklärte, der Klimawandel sei zur größten Herausforderung für die Menschheit geworden und verursache große Risiken für die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit des Bündnisses. Die NATO habe einen Aktionsplan zum Thema Klimawandel und Sicherheit verabschiedet, der sich auf Bewusstseinsbildung, Anpassung, Schadensbegrenzung und Öffentlichkeitsarbeit konzentriere. Die NATO plane eine umfassende Bewertung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit und werde Überlegungen zum Klimawandel in die Verteidigungsplanung, die zivile Notfallplanung und die Katastrophenhilfe einbeziehen. Ferner werde die NATO die Verbündeten bei der Formulierung freiwilliger nationaler Ziele und der Umsetzung bewährter Verfahren zur Verringerung der Treibhausgasemissionen unterstützen. Drei Bereiche seien besonders wichtig: Verringerung der Treibhausgasemissionen im Hinblick auf die Entwicklung eines „grünen Militärs“, Stärkung der Widerstandsfähigkeit der NATO, unter anderem durch Investitionen in den Schutz kritischer Infrastrukturen sowie Überlegungen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die künftigen militärischen Operationen der NATO.

Auf die Frage von **Rodrigue Demeuse** (Belgien), wie die Staaten das Bündnis bei der Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen unterstützten und wiederum das Bündnis zur COP26 beitragen könne, wies **David van Weel** darauf hin, ein Teil der NATO-Strategie zur Bewältigung des Klimawandels bestehe darin, Schwachstellen zu ermitteln und auf die Auswirkungen des Klimawandels in den Mitgliedstaaten zu reagieren. Der NATO-Generalsekretär werde an der COP26 teilnehmen und die NATO plane, bis zum nächsten Gipfeltreffen einen Dialog mit anderen internationalen Organisationen aufzunehmen, die sich mit Fragen des Klimawandels und der Sicherheit befassen. Auf die Frage von **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) zu den Spannungen im Zusammenhang mit den Wasserressourcen antwortete **David van Weel**, dass solche Verteilungskämpfe nicht nur die Nachbarschaft, sondern die Verbündeten auch selbst betreffen könnten. Die NATO müsse dieser Bedrohung mit einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz begegnen und die Auswirkungen des Klimawandels überwachen, um ihre Fähigkeit zur frühzeitigen und effizienten Krisenreaktion aufrechtzuerhalten. Auf die Frage von **Alexandrs Kirstein** (Lettland) zur Anpassung der Streitkräfte an den Klimawandel, wies **David van Weel** darauf hin, dass der Verteidigungssektor seit langem eine treibende Kraft für Innovationen sei und langwierige Beschaffungsprozesse ein rasches Handeln erforderten, um sicherzustellen, dass die NATO militärische Überlegenheit mit einem umweltfreundlichen Ansatz verbinde. Auf die Frage von **Anissa Khedher** (Frankreich), wie die Widerstandsfähigkeit der kritischen Infrastrukturen gegenüber dem Klimawandel gestärkt werden könne, betonte er, dass die Bemühungen in den Mitgliedsstaaten damit beginnen sollten, die Öffentlichkeit für die Risiken zu sensibilisieren und Maßnahmen einzuführen, die sowohl die physische als auch die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit stärkten.

#### 5. **Beratung und Abstimmung über den Generalberichtsentwurf „Stärkung der Widerstandsfähigkeit der verbündeten Gesellschaften durch zivile Vorsorge“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)**

**Joëlle Garriaud-Maylam** betonte, ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz sei notwendig, um den vielfältigen Herausforderungen des Sicherheitsumfelds zu begegnen. Dieser könne zudem ein koordiniertes Handeln von zivilen und militärischen Akteuren sicherstellen. Die Privatisierung kritischer Infrastrukturen sowie die Vernetzung der Gesellschaften und Volkswirtschaften hätten die Anfälligkeit für Schocks erhöht. Ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen sollten zur Verfügung gestellt werden, um die Ziele des Bündnisses hinsichtlich der zivilen Widerstandsfähigkeit zu erfüllen. Mit Hilfe von regelmäßigen Übungen müsse die Zusammenarbeit mit den Partnerländern und -organisationen verstärkt werden. Die Kommunikation zur Sensibilisierung der Bevölkerung müsse verbessert werden. Abschließend forderte sie die Einbeziehung der Resilienz in den „NATO 2030“ Prozess und in die Reform des Strategischen Konzepts.

Auf die Frage von **Manousos Konstantinos Voloudakis** (Griechenland) nach der Vereinbarkeit eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes mit den zunehmenden internen Spannungen innerhalb einiger Mitgliedsländer erklärte **Joëlle Garriaud-Maylam**, dass diese die internen Spannungen überwinden und den Zusammenhalt sowie die Zusammenarbeit fördern müssten. Fortschritte in den Bereichen Widerstandsfähigkeit und zivile Vorsorge seien dringend notwendig. **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) erinnerte an die Schlüsselrolle des Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre bei der Stärkung der alliierten Widerstandsfähigkeit. **Dr. Roland Wöller** (CDU, Sachsen) wies auf die Notwendigkeit einer stärkeren zivil-militärischen Zusammenarbeit und eines besseren Schutzes kritischer Infrastrukturen hin. **Joëlle Garriaud-Maylam** betonte, dass Anstrengungen und Investitionen erforderlich seien, um sicherzustellen, dass die Verbündeten auf jeder Art von Krise vorbeugen und auf sie reagieren könnten. **Jose Luis Carbeiro** (Portugal) betonte die Bedeutung des Austausches und die Integration junger Menschen. **Joëlle Garriaud-Maylam** erinnerte an den Vorschlag von Dr. Karl Lamers, ein Ausbildungsprogramm für junge Menschen zu errichten. Die Rückführung von EU-Bürgern aus dem Ausland zu Beginn der COVID-19-Pandemie könne als positives Beispiel genannt werden. **Anissa Khedher** (Frankreich) erkundigte sich nach der Pflicht für private Unternehmen, Notfallpläne zu entwickeln, um die mit Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen verbundenen Risiken zu verringern. **Joëlle Garriaud-Maylam** betonte, solche Pläne seien unerlässlich und die Unternehmen sollten ermutigt und unterstützt werden, ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken. Der Generalbericht wurde angenommen.

**6. Beratung der Änderungsanträge und Abstimmung über den Entschließungsentwurf „Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen, integrierten und koordinierten Ansatzes zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit verbündeter Demokratien“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich)**

**Joëlle Garriaud-Maylam** betonte, die nationale und gemeinsame Widerstandsfähigkeit müsse durch einen auf zivil-militärischer Zusammenarbeit beruhenden gesamtgesellschaftlichen Ansatz gestärkt werden. Das Fachwissen einiger NATO-Staaten müsse innerhalb des Bündnisses besser weitergegeben werden. Sie forderte die Regierungen und die NATO-Institutionen auf, ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen, um den Erfordernissen und Zielen des Bündnisses in Bezug auf die Widerstandsfähigkeit gerecht zu werden, wirksame Frühwarnsysteme einzurichten und das Bewusstsein der Bürger für ihre Rolle bei der Krisenprävention und -bewältigung weiter zu schärfen. Die Widerstandsfähigkeit der Bündnisstaaten hänge auch von der Widerstandsfähigkeit der Partnerstaaten ab und eine vertiefte Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten müsse Priorität haben. Vier Änderungsanträge wurden mit Änderungen angenommen.

Der Entschließungsentwurf wurde in der geänderten Fassung einstimmig angenommen.

**7. Wahl von Amtsträgern**

Die zur Wiederwahl stehenden Amtsträger des Ausschusses und der Unterausschüsse wurden per Akklamation gewählt. Zur stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Resilienz und zivile Sicherheit“ wurde Susan Wild (Vereinigte Staaten), für den Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat wurden Monika Falej (Polen) zum Mitglied und Aleksandrs Kirsteins (Lettland) zum stellvertretenden Mitglied gewählt.

**8. Vortrag von Professor Remus Pricopie, Rektor der Nationalen Universität für politische Studien und öffentliche Verwaltung (SNSPA) Bukarest, zum Thema „Das öffentliche Bewusstsein für Sicherheitsfragen und die Rolle der Bildung“**

**Remus Pricopie** erklärte, 65 Prozent der rumänischen Bevölkerung hätten eine positive Einstellung gegenüber der NATO und der EU angegeben. Zwischen den Altersgruppen seien Unterschiede festzustellen. Die jüngere Generation sei für die von ausländischen Nachrichtensendern, wie beispielsweise von dem russischen Sender Sputnik, verbreiteten Darstellungen empfänglicher als die ältere Generation. Sicherheitsrelevante Ereignisse, wie beispielsweise die NATO-Übungen in Rumänien, würden in der Regel von einer verstärkten Verbreitung von Online-Propaganda und Desinformation begleitet werden. Um zu verhindern, dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in die rumänische Außen- und Sicherheitspolitik schwinde, müssten negative Darstellungen durch strategische Kommunikation auf verschiedenen Ebenen entgegengewirkt werden. Diese Bemühungen sollten insbesondere an die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, wie die Jugend, gerichtet werden.

## 9. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Stärkung der demokratischen Widerstandsfähigkeit des Bündnisses gegen Desinformation und Propaganda“, vorgelegt von Sonderberichterstatterin **Linda Sanchez** (Vereinigte Staaten)

**Linda Sanchez** erklärte, zunehmend verschwimme die Grenze zwischen Tatsachen und Fiktion in den Gesellschaften der Mitgliedsstaaten. Dies sei während der COVID-19-Pandemie zu beobachten gewesen und habe seinen Höhepunkt beim Sturm auf das Kapitol der Vereinigten Staaten am 6. Januar 2021 gefunden. Verschiedene ausländische und inländische Akteure seien an der Verbreitung von Desinformationen beteiligt. Die böswilligen Bemühungen autoritärer Staaten, insbesondere Russlands, Chinas und des Irans, die Widerstandsfähigkeit der verbündeten Demokratien durch die Verbreitung von Falschinformationen zu untergraben, seien durch die Aktionen nichtstaatlicher Gruppen und einzelner Bürger noch verstärkt worden. Sie ging auf Maßnahmen einzelner NATO-Mitgliedsländer ein, anhand derer Privatunternehmen von sozialen Medien zur Verantwortung gezogen werden sollen. Es gäbe keine einfachen Lösungen für die Bekämpfung der Bedrohung von Desinformation und Propaganda zur Stärkung der demokratischen Resilienz des Bündnisses. Ein entschlossenes Handeln eines breiten Spektrums gesellschaftlicher Akteure in Bereichen wie strategische Kommunikation und Bürgernähe, digitale und mediale Kompetenzen, internationale und multilaterale Koordination, Resilienz, Wahlprozesse, Überprüfung von Fakten und Entlarvung von Initiativen, Regulierungsmaßnahmen und gesetzgeberische Maßnahmen sowie Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor seien notwendig. Das Bündnis solle eine umfassende, kooperative und wertebasierte Reaktion auf die von Desinformation und Propaganda ausgehende Bedrohung aufbauen. Die NATO-Mitglieder müssten auf nationaler Ebene einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz verfolgen, der auf der Beteiligung staatlicher, privater und zivilgesellschaftlicher Akteure beruhe. Auf internationaler Ebene seien das multilaterale und transatlantische Engagement und das Schließen neuer Partnerschaften mit Demokratien entscheidend für den Aufbau einer internationalen Gemeinschaft, die geschlossen gegen diese gemeinsame Bedrohung vorgehe. Vor allem aber bedinge der Kampf gegen die von Desinformation und Propaganda ausgehende Bedrohung, dass alle Akteure innerhalb des Bündnisses und darüber hinaus entscheidende Schritte unternähmen, um das Bekenntnis zum Bündnis zu erneuern und die Unterstützung der Öffentlichkeit für liberale Werte zu verstärken, den unter Beschuss geratenen Gesellschaftsvertrag für die Gesellschaften neu aufzubauen und das Vertrauen in die Demokratie wiederherzustellen. Zur Bekämpfung von Desinformationen schlug sie die Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz in der NATO vor, das die Mitgliedsstaaten bei der Identifizierung von Schwachstellen unterstützen könne. Auf nationaler Ebene empfahl sie Kommunikationskampagnen, die sich auf die Gruppen konzentrierten, die am stärksten durch Desinformation gefährdet seien.

Auf Nachfragen von **Anissa Khedher** (Frankreich), **Jose Luis Carneiro** (Portugal) und **Joëlle Garriaud-Ma-ylam** betonte **Linda Sanchez**, dass das geplante Zentrum für demokratische Resilienz eine Plattform für den internen Austausch bewährter Verfahren ermöglichen solle. Die Zusammenarbeit mit weiteren demokratischen Ländern solle gefördert werden, unter anderem durch die Entwicklung gemeinsamer Lehrpläne und einem Erfahrungsaustausch. **Remus Pricopie** erklärte, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Institutionen im Bildungsbereich könne ebenfalls zu diesen Bemühungen beitragen. **Ulla Schmidt** (SPD) warf die Frage auf, wie Kinder in den Schulen über die Bedeutung demokratischer Werte und deren Umsetzung aufgeklärt werden könnten. Dabei seien konkrete Wege zu finden, um den Dialog zwischen Gemeinschaften mit unterschiedlichen Meinungen zu fördern und zu lernen, verstärkt zuzuhören. Nur wenn die Mitglieder ihre Werte lebten, könnten sie in der Zukunft Frieden und Stabilität in der Welt gewährleisten. **Linda Sanchez** betonte die Notwendigkeit, Kindern beizubringen, Informationen auf ihre Richtigkeit überprüfen zu können und bekräftigte, dass das Säen von Dissens zwischen den Gemeinschaften eines der wirksamsten Mittel böswilliger Akteure sei. Auf die Frage von **Lord Jopling** (Vereinigtes Königreich) nach den Bemühungen der moldawischen Behörden zur Bekämpfung der russischen Desinformation informierte **Remus Pricopie** über eine verstärkte Zusammenarbeit rumänischer und moldawischer Universitäten, um ihre Fähigkeit zur Überwachung dieser gemeinsamen Bedrohung zu verbessern. Zum Abschluss erklärte **Ulla Schmidt** (SPD), sie sei sehr dankbar für ihre Mitgliedschaft im Ausschuss, der sich im Schwerpunkt mit Fragen der Friedenssicherung beschäftige. Der Ausschuss sei wichtig, um sicherzustellen, dass die demokratischen Werte von der NATO übernommen würden. Ohne die Gleichberechtigung der Frauen werde es keinen Frieden geben.

Der Berichtsentwurf wurde angenommen.



## VI. Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit

Der Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit tagte unter dem Vorsitz von **Philippe Folliot** (Frankreich) am Samstag, 9. Oktober 2021. Zentrale Themen der Sitzung waren die Wirtschaftsentwicklungen durch die Pandemie und die Verteidigungsausgaben des Bündnisses.

### 1. Vortrag von Professorin Susana Peralta, Nova School of Business and Economics, zum Thema „Portugal und die pandemische Krise: wie geht es weiter?“

**Susana Peralta** beschrieb die portugiesische Wirtschaft als besonders fragil und anfällig für Krisen aufgrund der Abhängigkeit vom Tourismus, der geringen Produktivität und des niedrigen Ausbildungs- und Qualifikationsniveaus. Ein großes Problem seien häufig nur befristete Tätigkeiten auf einem niedrigen Lohnniveau. In 2020 sei die Jugendarbeitslosigkeit bei 24 Prozent gelegen. Der Anteil der dauerhaft von Armut bedrohten Haushalte läge mit 30 Prozent deutlich über dem Durchschnitt in Europa. Susana Peralta wies auf die regionalen sozioökonomischen Unterschiede zwischen dem Landesinnern und der Küstenregion hin. Die Umsätze in der für die Wirtschaft so bedeutsamen Tourismusbranche seien während des harten Lockdowns in den ersten Monaten des Jahres 2021 um bis zu 90 Prozent eingebrochen. Die Regierung habe inzwischen einen langfristigen nationalen Wiederaufbauplan zur Abmilderung der negativen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie vorgelegt. Schwerpunkte lägen auf dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bei gleichzeitiger Nutzung der Potentiale der Digitalisierung und Energiewende. Auch solle der Mindestlohn schrittweise angehoben, die Steuerlast für Unternehmen weiter gesenkt und das Steuersystem insgesamt stabiler und planbarer gestaltet werden. Allerdings schränke die Rezession in Folge der Corona-Krise und die bestehende hohe Staatsverschuldung den Handlungsspielraum der Regierung weiterhin ein. Die gute Nachricht sei, dass es 2021 ein Wachstum von 15,5 Prozent gegeben habe und der Tourismus wieder zunehme.

**Harriet Baldwin** (Vereinigtes Königreich) fragte nach der Entwicklung der Verteidigungsausgaben aufgrund der Krise. **Susana Peralta** antwortete, Portugal habe seit der Staatsschuldenkrise weniger in den öffentlichen Sektor (Verteidigung, Gesundheit, Infrastruktur) investieren können. Sie sei aber zuversichtlich, dass bei zunehmendem Wirtschaftswachstum auch die Investitionen im Verteidigungsbereich wieder erhöht würden. Abschließend warb sie dafür, die Mittel der Wiederaufbaufonds der EU aus Anlass der Pandemie gezielt auch in die öffentlichen Bildungssysteme zu investieren; der Fachkräftemangel werde den Reformdruck im Ausbildungsbereich erhöhen.

### 2. Vortrag von Professor Jose Manuel Barroso, Vorsitzender des Verwaltungsrates der globalen GAVI-Impfallianz, zum Thema „Vorläufige Erkenntnisse seit dem Ausbruch der COVID-19 Pandemie“

Eingangs stellte **Jose Manuel Barroso** die 2020 gegründete GAVI-Impfallianz und deren Ziel vor, den Zugang zu Impfungen vor allem für Kinder gegen vermeidbare lebensbedrohliche Krankheiten in Entwicklungsländern zu verbessern. Er erklärte, die Regierungen seien nicht auf eine solche Krise vorbereitet gewesen, die Investitionen in die notwendige Infrastruktur seien vernachlässigt worden. Den globalen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie könne nur durch globale strategische Zusammenarbeit und Multilateralismus begegnet werden. Erste richtige Schritte seien durch COVAX und GAVI gemacht worden, so dass mehr als 341 Millionen Dosen des COVID-19-Impfstoffs in 144 Ländern bereitgestellt werden konnten. Der Zugang zu dem Impfstoff sei allerdings weiterhin ungleich verteilt. Während 46,1 Prozent der Weltbevölkerung mindestens eine Dosis des COVID-19-Impfstoffs erhalten haben und 30 Prozent vollständig geimpft seien, hätten nur 2,4 Prozent der Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen mindestens eine Dosis erhalten. Jose Manuel Barroso kritisierte die Ausfuhrbeschränkungen einiger Staaten, die zeitweise fünf- bis sechsmal mehr Impfstoffe horteten als benötigt würde.

**Philippe Folliot** (Frankreich) thematisierte Auffrischungsimpfungen, bevor andere Länder überhaupt mit der Impfung ihrer Bevölkerung begonnen hätten. **Jose Manuel Barroso** befürwortet, dass zunächst weltweit die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen und das Personal im Gesundheitswesen geschützt werden müssten. In vielen Entwicklungsländern sei die Zustimmung der Bevölkerung zu Impfstoffen viel größer als in den entwickelten Ländern Europas. Er nannte es eine „tragische Ironie“, dass Länder, die mit einer zögerlichen Haltung gegenüber Impfstoffen in der Bevölkerung zu kämpfen hätten, von einem Überangebot an Impfstoffen profitieren. Auf die Frage von **Dave Doogan** (Vereinigtes Königreich) wies **Jose Manuel Barroso** auf die Notwendigkeit der Schaffung von globalen Mechanismen hin, zum Beispiel eine Pandemie-Beobachtungsstelle. Er appellierte,

die Nationen sollten ihre Ressourcen auf der Grundlage der Prinzipien von Solidarität und Gerechtigkeit teilen, um größer werdende Ressentiments gegenüber der Wertegemeinschaft zu verhindern.

### 3. **Beratung des Berichtsentwurfs „Belarus: Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Diplomatie“ des Unterausschusses „Transformation und Entwicklung“, vorgelegt von dem Berichterstatter Michal Szczerba (Polen)**

**Michal Szczerba** betonte eingangs, durch das zunehmende Ausmaß der Repressionen sei der Druck auf die Opposition größer geworden. Es drohten den mehr als 800 politischen Gefangenen lange Haftstrafen und Folter. Er wies auch auf den schwerwiegenden Verstoß gegen das Völkerrecht durch die Entführung eines Verkehrsflugzeugs hin, um einen jungen belarussischen Dissidenten zu verhaften. Die immer enger werdende Verbindung zwischen dem Kreml und Lukaschenkos Regime habe erhebliche diplomatische, politische, wirtschaftliche und militärische Folgen, auch für die Alliierten. Michal Szczerba sagte, der Kreml habe wichtige militärische Zugeständnisse für russische Truppenbewegungen innerhalb des belarussischen Hoheitsgebiets erhalten. Diese geopolitische Herausforderung mache möglicherweise zusätzliche Stationierungen der NATO in der Region erforderlich. Gleichzeitig habe das Lukaschenko-Regime seine hybriden Aktivitäten gegen Bündnismitglieder verstärkt, zum Beispiel durch die Migrantenkrisen an den Grenzen zu Litauen und Polen. Der Bericht empfehle, dass Belarus als souveräner Staat unter Wahrung seiner territorialen Integrität eine Priorität für die internationale Gemeinschaft darstellen müsse. Strenge, aber gezielte Sanktionen gegen belarussische Beamte und Unternehmen, die an der Unterdrückung beteiligt seien, sollten beibehalten werden, und jeder politische Dialog müsse die Führer der legitimen Opposition einbeziehen.

Präsident **Gerald Connolly** (Vereinigte Staaten) betonte die Bedeutung des Berichts. Er bezeichnete die Situation als „Moment der Wahrheit“ in der Frage, wie die Gemeinschaft der westlichen Demokratien auf schwere Menschenrechtsverletzungen durch die weißrussische Regierung reagieren solle. Er nahm Bezug auf frühere Diskussionen und Entschließungen der Versammlung, die eine klare Linie gegen die russische Einmischung in Belarus gezogen hätten, und forderte das Bündnis auf, seine demokratischen Werte zu bekräftigen.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

### 4. **Vortrag von Wladimir Kara-Murza, russischer Oppositionspolitiker und ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Partei der freien Bürger, zum Thema „Russland: Politik, Wirtschaft und Korruption“**

Zu Beginn seiner Ausführungen erinnerte **Wladimir Kara-Murza** an einen der ermordeten politischen Gegner von Präsident Putin, Boris Nemzow, und erinnerte an dessen Aussage, dass unter Präsident Putin die Korruption in Russland zum System geworden sei. Beim Korruptionsindex von Transparency International liege Russland auf Platz 129 der weltweiten Rangliste. Er hob hervor, die Bereicherung der russischen politischen Elite stehe in krassem Gegensatz zur wirtschaftlichen Lage in Russland. In den letzten zehn Jahren seien das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um ein Drittel zurückgegangen und die Inflation auf elf Prozent gestiegen. Das real verfügbare Einkommen der russischen Bevölkerung sei in dieser Zeit um rund 13 Prozent zurückgegangen. Wladimir Kara-Murza betonte die Bedeutung der Parlamentswahlen im Jahr 2024. Schließlich forderte er die westlichen Demokratien auf, das (europäische) Magnitsky-Gesetz durchzusetzen.

Auf die Frage von **Michal Szczerba** (Polen) sagte **Wladimir Kara-Murza**, aufgrund der bestehenden historischen, kulturellen und sprachlichen Verbindungen zwischen der Ukraine, Weißrussland und Russland sehe Putin demokratische Bewegungen in diesen Ländern als direkte Bedrohung für sein eigenes Regime an. **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) fragte nach einem möglichen Nachfolger für Putin. **Wladimir Kara-Murza** antwortete, er glaube daran, dass Russland eine Demokratie werden könne, und betonte die Notwendigkeit eines echten parlamentarischen Systems. Auf die Frage von **Neil Dunn** (Vereinigte Staaten) zu den Nutznießern der Pipeline Nord Stream 2 sagte er, die Pipeline diene ausschließlich dem kleptokratischen System von Putins Umfeld und seinen westlichen Unterstützern. **Wladimir Kara-Murza** warb für Sanktionen gegen hochrangige, reiche russische Regierungsbeamte und Oligarchen und bezog sich dabei insbesondere auf eine Liste von 35 russischen Staatsbürgern, die vom Team des Oppositionspolitikers Alexei Nawalny nach dessen Verhaftung veröffentlicht worden sei.

**5. Beratung des Berichtsentwurfs „Die weltweite Wirtschaftskrise: Implikationen und Aussichten“ des Unterausschusses „Transatlantische Wirtschaftsbeziehungen“, vorgelegt von dem Berichterstatter Faik Öztrak (Türkei)**

**Faik Öztrak** führte aus, dass nach einer geschätzten Schrumpfung von 3,3 Prozent im Jahr 2020 die Weltwirtschaft 2021 voraussichtlich um sechs Prozent wachsen und sich 2022 auf 4,9 Prozent abschwächen werde. Die Regierungen müssten den richtigen Zeitpunkt für die Lockerung der Finanz- und Geldpolitik finden, um eine anhaltende Inflation zu vermeiden. Die Folgen der Pandemie bedrohten die langfristige finanzielle Stabilität in vielen Ländern, die eine außerordentlich hohe Staatsverschuldung angehäuft hätten, um ihre Volkswirtschaften zu stützen. Eine vertiefte multilaterale Zusammenarbeit sei erforderlich, zum Beispiel für koordinierte steuerliche Maßnahmen. **Faik Öztrak** betonte die Bedeutung von Wirtschaftswachstum mit Blick auf die nationale und globale Sicherheit. Autoritäre Akteure hätten die Pandemie instrumentalisiert, um sowohl die demokratische Regierungsführung zu verunglimpfen als auch wirtschaftliche Normen in Frage zu stellen.

**Neil Dunn** (Vereinigte Staaten) unterstrich drei wichtige Lehren aus der Pandemie: die Notwendigkeit einer Pandemievorsorge als nationale Sicherheitspriorität, die Entwicklung eines Hightech-Biotechnologiesektors und die Sicherung wichtiger globaler Lieferketten. **Faik Öztrak** bekräftigte die Ergebnisse des G7-Gipfels in Cornwall, auf dem die Bedeutung einer besseren Regierungsführung, sozialer Solidarität, eines verbesserten Risikomanagements und nachhaltiger Lieferketten hervorgehoben wurde.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

**6. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Verteidigungsausgaben des Bündnisses: Anhaltende Bedrohungen und neue Beschränkungen“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Christian Tybring-Gjedde (Norwegen)**

**Christian Tybring-Gjedde** wies auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und die weltweite Rezession auf die nationalen Haushalte hin. Bei der Priorisierung der Verteilung der knappen öffentlichen Mittel könne zu Lasten der Verteidigungsausgaben entschieden werden. Sicherheit sei allerdings eine Voraussetzung für langfristigen wirtschaftlichen Wohlstand. Er betonte die Notwendigkeit weiterer Militärausgaben, insbesondere angesichts der jüngsten militärischen Aufrüstung Russlands, der instabilen MENA-Region, der aggressiven Außen- und Wirtschaftspolitik Chinas, die neuen Druck auf die auf Regeln basierende internationale Ordnung ausübe. Trotz bedeutender Fortschritte bei den alliierten Verteidigungsausgaben vor der Pandemie seien weitere Erhöhungen erforderlich. Er betonte, die Regierungen der Bündnisstaaten sollten den NATO2030-Prozess und die Überarbeitung des Strategischen Konzepts nutzen, um den politischen Willen zur Erfüllung dieser zentralen Sicherheitsverpflichtungen zu stärken.

**Séverine Gipson** (Frankreich) hob das Weißbuch über die wichtigsten strategischen Orientierungen Frankreichs sowie das Militärhaushaltsprogramm hervor, in dem Meilensteine in Bezug auf die Finanzierung des Militärs zwischen 2019 und 2025 festgelegt würden. Die NATO und die Mitgliedstaaten sollten nachhaltig, verantwortungsvoll und transparent handeln, das schaffe Vertrauen. **Nicole Duranton** (Frankreich) begrüßte, dass der Bericht die Notwendigkeit und Sicherstellung von Militärausgaben und -investitionen trotz der Gesundheitskrise betone.

Der Berichtsentwurf wurde einstimmig angenommen.

**7. Beratung und Abstimmung des Entschließungsentwurfs „Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten und Entwicklung von Fähigkeiten“, vorgelegt von dem Generalberichterstatter Christian Tybring-Gjedde (Norwegen)**

**Christian Tybring-Gjedde** erklärte, im Entschließungsentwurf würden die Verbündeten aufgefordert werden, die zuletzt beim NATO-Gipfeltreffen im Juni 2021 bekräftigte Zusage zu Investitionen im Verteidigungsbereich zu erfüllen sowie den Prozess „NATO2030“ und die Überarbeitung des Strategischen Konzepts zu nutzen und durch eine Vertiefung der Zusammenarbeit die knappen Verteidigungsressourcen effizienter einzusetzen. Außerdem sollte der Richtwert von zwei Prozent für Verteidigungsausgaben um weitere Parameter ergänzt werden, um ein umfassenderes Bild von den nationalen Verteidigungsanstrengungen zu erhalten.

Von den acht Änderungsanträgen wurden fünf angenommen. Der geänderte Entschließungsentwurf wurde einstimmig angenommen.

## 8. Wahl von Amtsträgern

Zur neuen Generalberichterstatlerin wurde Harriet Baldwin (Vereinigtes Königreich) und Nicole Duranton (Frankreich) zur stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Transformation und Entwicklung“ gewählt. Für den Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat wurde Michal Szczerba (Polen) gewählt. Alle anderen Amtsträgerinnen und Amtsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt.

## VII. Ausschuss für Wissenschaft und Technologie

Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie tagte am Sonntag, 10. Oktober 2021, unter Leitung des Ausschussvorsitzenden **Kevan Jones** (Vereinigtes Königreich). Schwerpunkte der Beratungen waren Technologiepartnerschaften mit asiatischen Ländern, Weltraumaktivitäten, Fragen zu ethischen Aspekten beim Einsatz von künstlicher Intelligenz und das iranische Atomprogramm.

### 1. Beratung des Generalberichtsentwurfs „Die Verbesserung der Zusammenarbeit der NATO mit asiatischen Partnern im Bereich Wissenschaft und Technologie“, vorgelegt von der Generalberichterstatlerin **Nusrat Ghani** (Vereinigtes Königreich)

**Nusrat Ghani** betonte, um dem zunehmend aggressiveren Verhalten Chinas zu begegnen, müsse die NATO enger mit den asiatischen Partnerländern Japan und Korea kooperieren. Die Aufnahme Japans als so genannten „Science and Technology Organization Enhanced Opportunity Partner“ („Partner der Organisation für eine vertiefte Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie“) in das Science and Technology Board der NATO sei zu begrüßen. Sofern Indien eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Forschung wünsche, solle die NATO dies unterstützen. Gerade die Einbindung von Start-ups sei eine große Chance für technologische Innovationen innerhalb der Allianz und der Partnerländer. Auch die Jugend müsse näher an die NATO-Strukturen herangeführt werden, um frühzeitig die besten Talente für die eigene Forschung zu binden. In der Diskussion zum Entwurf wurde deutlich, dass disruptive Technologien an strategischer Bedeutung gewinnen. Insbesondere asiatische Länder seien bei der Erforschung und Erprobung von disruptiven Technologien weit fortgeschritten.

Der Berichtsentswurf wurde angenommen.

### 2. Beratung des Sonderberichtsentwurfs „Weltraum und Sicherheit – Die Rolle der NATO“, vorgelegt von dem Sonderberichterstatler **Dr. Karl-Heinz Brunner** (SPD)

**Dr. Karl-Heinz Brunner** erläuterte, dass mittlerweile weltraumbasierte Dienste weder aus dem zivilen, wirtschaftlichen noch militärischen Bereich wegzudenken seien. Insbesondere für die Sicherheit der Allianz spielten weltraumgestützte Datenerhebungen eine besondere Rolle. Immer mehr Aktivitäten fänden im Weltraum statt, Technologien und Verfahren würden stets effizienter und kostengünstiger. Er identifizierte drei Kernaufgaben für die NATO. Erstens: Ein internationales Regelwerk müsse geschaffen werden, um eine Militarisierung des Weltraums zu verhindern. Rüstungskontrollverträge müssten auf den Weltraum ausgeweitet werden. Zweitens: Im Falle von Unfällen, also Zusammenstößen von Infrastrukturen im Weltraum untereinander oder mit Weltraumobjekten, müssten Alternativkonzepte bestehen, um die kritischen Bereiche auf der Erde ohne Kontrollverluste weiter operieren lassen zu können. Drittens: Die Mitgliedstaaten sollten die NATO als ein Forum nutzen, um die Sicherheits- und Verteidigungsaspekte des Weltraums zu erörtern. Die Einrichtung eines NATO-Weltraumzentrums beim Allied Air Command in Ramstein (Deutschland) sowie eines Kompetenzzentrums in Toulouse (Frankreich) bedeuteten einen ersten wichtigen Schritt.

In der Diskussion wurde deutlich, dass neben Frankreich insbesondere auch Italien seine Fähigkeiten im Weltraum ausbauen wolle. Die Mitglieder des Ausschusses waren sich einig, dass die NATO PV als Ratgeberin für die Schaffung und Etablierung eines internationalen Regelwerkes für den Weltraum wichtige Impulse setzen werde.

Der Berichtsentswurf wurde angenommen.

**3. Beratung des Berichtsentwurfs „Biologische Bedrohungen – Technologischer Fortschritt und das Gespenst des Bioterrorismus nach COVID-19“ des Unterausschusses „Technologietrends und Sicherheit“, vorgelegt von dem amtierenden Berichterstatter Sven Clement (Luxemburg)**

**Sven Clement** dankte der kürzlich aus der Versammlung ausgeschiedenen Leona Alleslev (Kanada) für ihre Arbeit an dem Bericht. Bereits während dessen Erstellung sei deutlich geworden, dass viele Alliierte auf eine Pandemie nicht vorbereitet gewesen seien. Dies könne sich die Allianz nicht leisten, zumal biologische Kriegsführung noch effizienter und zielgerichteter sei als eine natürliche Pandemie. Gleichzeitig könne festgehalten werden, dass vermutlich nur staatliche Strukturen eine biologische Kriegsführung solchen Ausmaßes kontrollieren könnten, terroristische Vereinigungen würden bislang auf Grund der Komplexität dazu nicht in der Lage sein. Neben den medizinischen Herausforderungen sei bei biologischen Bedrohungen insbesondere die Kommunikationsfähigkeit gefragt. Verlässliche Informationen müssten zügig auch in der Zivilbevölkerung Verbreitung finden, damit keine sozialen Unruhen entstünden; auch hier müsse die Allianz stärker werden.

Der Berichtsentwurf wurde angenommen.

**4. Vortrag von David van Weel, stellvertretender NATO-Generalsekretär für neue Sicherheitsherausforderungen, zum Thema „Künstliche Intelligenz und Ethik“**

**David van Weel** erklärte, die innerhalb des Bündnisses eingesetzten Strukturen der Künstlichen Intelligenz müssten transparent sein, denn nur so seien sie berechenbar. Verteidigungssysteme, die künstliche Intelligenz nutzten, seien selbstlernfähig und müssten demokratischen, menschenrechtlichen Wertevorstellungen folgen. Die NATO habe mit DIANA eine Initiative geschaffen, die staatliche Akteure, die Wissenschaftswelt und den Privatsektor enger kooperieren ließe, um Innovationen im Bereich der Künstlichen Intelligenz gezielt zu fördern. Mit der Schaffung des NATO Fonds für Innovationen könnten entsprechende Firmen früh gefördert und an die Allianz gebunden werden.

**Wendell Wallach**, Wissenschaftler am Interdisziplinären Zentrum für Bioethik der Universität Yale, ergänzte, dass ethische Rahmenbedingungen für die Programmierung von Verteidigungssystemen geschaffen werden müssten, die auf künstliche Intelligenz zurückgriffen, insbesondere dann, wenn diese Systeme in der Lage seien, Menschen Schaden zuzufügen.

**5. Vortrag von Generalmajor Jürgen Brötz, stellvertretender Beigeordneter NATO-Generalsekretär für Nachrichtenwesen im Internationalen Stab zum Thema „Iranisches Nuklear- und Raketenprogramm“**

Generalmajor **Jürgen Brötz** schilderte, dass unter Ayatollah Ai Khamenei (Ayatollah Ali Chamenei, politisches und geistiges Oberhaupt und Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte) kaum ein Politikwechsel zu erwarten sei. Seit der Aufkündigung des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) durch die Vereinigten Staaten, habe der Iran mehr Uran angereichert und mehr Zentrifugen in Betrieb genommen. Aus NATO-Sicht seien diese Entwicklungen nicht akzeptabel, daher arbeite die NATO eng mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (International Atomic Energy Agency, IAEA) zusammen. Ferner versuche der Iran die Region weiter zu destabilisieren und unterstütze Nicht-Regierungsgruppen im Libanon, im Gaza-Streifen, im Jemen, Irak und in Syrien. Daher sei es eine wichtige Aufgabe für die Allianz, die Rüstungskontrollverträge fit für die Zukunft zu machen und Aspekte dieser Überlegungen in das neue Strategiekonzept der NATO einfließen zu lassen.

**Nuno Cabral**, Referatsleiter im portugiesischen Außenministerium, ordnete die Handlungen des heutigen Irans historisch ein. Das Atomprogramm des Iran habe mit westlicher Unterstützung bereits zu Herrschaftszeiten des Schahs begonnen. Damals wurden mit Hilfe des Westens zivile Nutzungsstrukturen aufgebaut, nach der Islamischen Revolution 1979 habe sich der Westen aus den Programmen zurückgezogen. Der Iran sei danach von Russland unterstützt worden. Heute sehe sich der Iran sowohl durch den Westen als auch durch Russland und China bedroht. Daher, so Cabral, priorisiere die politische Elite des Irans das Atomprogramm.

**6. Beratung und Annahme des Entschließungsentwurfs „Wiederbelebung der Rüstungskontrolle in einem dynamischen strategischen Umfeld“, vorgelegt von der Generalberichterstatterin Nusrat Ghani (Vereinigtes Königreich)**

Die Entschließung wurde mit zwei Änderungen einstimmig angenommen.

## 7. Wahl von Amtsträgern

Alle zur Wiederwahl anstehenden Amtsträger wurden in ihren Ämtern bestätigt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Dina Titus (Vereinigte Staaten), Fabrizio Ortis (Italien) und Agnes Vadai (Ungarn) gewählt, Sven Clement (Luxemburg) wurde zum Sonderberichterstatter gewählt. Für den Unterausschuss „Technologietrends und Sicherheit“ wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden Andrea Cangini (Italien) und Andrej Cernigoj (Slowenien) gewählt, Berichterstatter wurde Njall Trausti Fridbertsson (Island). Als Mitglied des Interparlamentarischen Ukraine-NATO Rats wurde Fabrizio Ortis (Italien) und als dessen Stellvertreter Sverre Myrli (Norwegen) gewählt.

## VIII. Plenarsitzung

### 1. Ansprache des Präsidenten Gerald E. Conolly

In seiner Ansprache ging Präsident Connolly auf die anstehende Reform des Strategischen Konzepts der NATO in 2022 ein und betonte, die Tagung fände zu einem entscheidenden Zeitpunkt für die NATO statt. Das nächste Strategische Konzept werde den Fahrplan für Anpassungen an eine veränderte Welt vorgeben. Die Veränderungen seien sehr wichtig. Im derzeitigen Strategischen Konzept werde Russland als Partner bezeichnet, was eindeutig nicht mehr der Fall sei. China werde nicht, der Klimawandel kaum erwähnt, so dass eine Überarbeitung dringend notwendig sei. Die Versammlung müsse ferner den Angriff auf die Demokratie zur Kenntnis nehmen, sowohl von innen als auch von außen. Die NATO-Partner konkurrierten mit autoritären Regimen, die ziemlich aggressiv das anböten, was sie für eine bessere Lösung, eine bessere Alternative hielten. Die Mitglieder müssten mit Nachdruck dafür sorgen, dass sie sich in Wort und Tat für die demokratische Alternative stark machten, und daher sei eine robuste Versammlung ein wichtiger Bestandteil dieser Aufgabe. Er sei stolz auf das, was die Versammlung in nur einem Jahr in Bezug auf diese und andere Prioritäten erreicht habe. Der Ausschuss für die zivile Dimension der Sicherheit sei in „Ausschuss für Demokratie und Sicherheit“ umbenannt worden, um den hohen Stellenwert zu unterstreichen, den die Versammlung demokratischen Werten, demokratischen Strukturen und dem demokratischen Impuls zuspräche. Die Versammlung habe eine Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung eines Konzepts für ein Zentrum für demokratische Resilienz eingesetzt. Für die Versammlung sei die Errichtung eines solchen Zentrums von großer Priorität. Die Mitglieder glaubten, dass in der NATO eine formale Architektur benötigt werde, da es nach 71 Jahren im NATO-Hauptquartier nicht einmal eine Besenkammer gäbe, die dem Aufbau demokratischer Institutionen gewidmet sei. Die NATO müsse mehr sein als ein militärisches Bündnis für kollektive Sicherheit. Es gehe um die Förderung, Befürwortung, Verteidigung und das Eintreten für die Demokratie. Demokratische Institutionen und Regierungen, ein freies Volk, das seinen freien Willen ausübe, das sei die NATO. Es müsse ein institutionelles, organisatorisches Engagement dafür geben, als ein Ressourcenzentrum innerhalb der NATO. Er bekräftigte die Unterstützung für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Georgiens, der Republik Moldau und der Ukraine angesichts der russischen Aggression. Die Versammlung habe eine informelle Unterstützungsgruppe für die Krim-Plattform eingerichtet, um die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Krim und die illegale Annexion und Besetzung der Krim durch Russland zu lenken. Die Annexion der Krim werde die Versammlung niemals anerkennen. Die Versammlung habe enge Konsultationen mit dem NATO-Generalsekretär über die Agenda 2030 und den Brüsseler Gipfel geführt, um die Annahme mehrerer Empfehlungen als Teil des Reflexionsprozesses zu erreichen. Das Jahr 2022 werde für die Zukunft der NATO von entscheidender Bedeutung sein. Das neue Strategische Konzept müsse mindestens zwei Dinge leisten: sich an der heutigen Realität orientieren und die NATO als ein Bündnis von Demokratien stärken. China gehöre nach heutiger Erkenntnis zum Operationsgebiet. Die technologischen Themen wie 5G, Künstliche Intelligenz oder Quantencomputer haben China in den Fokus gerückt. Man erlebe auch ein aggressives, wiedererstarkendes China unter Xi Jinping, das sich nicht scheue, seine autoritäre Alternative zu präsentieren. China behaupte, dass es besser funktioniere, effizienter sei und mehr für sein Volk tue. Der Preis dafür sei, dass man einige der Freiheiten aufgäbe, die man im Westen schätze. China sei eindeutig eine Macht, habe die größte Marine der Welt und werde bald, wahrscheinlich noch in diesem Jahrzehnt, die größte Wirtschaft darstellen und über die größte Militärmacht verfügen. China behaupte sich aggressiv im Südchinesischen Meer, zum Nachteil vieler seiner Nachbarn, und dringe ungestraft in deren Hoheitsgewässer ein. Das sei eine Verletzung des Völkerrechts und der internationalen Normen und bedrohe die NATO, auch wenn China weit weg zu sein scheine. China werde aber nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Chance, als potenziellen Partner eingestuft, aber man müsse sich auch über die Bedrohung im Klaren sein und über die Aggression, die China betreibe.

Der offensichtliche Klimawandel, dessen Auswirkungen auf das Bündnis und die strategischen Folgen in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten, Militärbasen und die Auswirkungen auf die Schifffahrt in Gebieten wie dem Hohen Norden und der Arktis müssten untersucht werden. Er schloss mit dem Appell, das Strategische Konzept zu aktualisieren und in der Frage der Demokratie institutionell viel selbstbewusster aufzutreten.

## 2. Ansprache des NATO-Generalsekretärs und Vorsitzenden des Nordatlantikrates Jens Stoltenberg

NATO-Generalsekretär **Jens Stoltenberg** beglückwünschte die Sprecherin des amerikanischen Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, zum Preis „Women for Peace and Security Awards“ und dankte den ausscheidenden Mitgliedern Dr. Karl A. Lamers (CDU/CSU), Ulla Schmidt (SPD) und Lord Jopling (Vereinigtes Königreich) für ihre langjährige Arbeit.

Der Generalsekretär unterstrich die Bedeutung Portugals für die kollektive Sicherheit der NATO und dessen Verdienste bei der Bekämpfung des Terrorismus im Irak und in Afrika. Bei maritimen Operationen sei Portugal unverzichtbar und beherberge einige NATO-Einrichtungen wie beispielsweise die Cyberakademie. Auf bestehende Meinungsunterschiede eingehend erklärte er, Einigkeit bestehe, dass die Verbündeten nur zusammen stärker seien. Zum NATO- Abzug aus Afghanistan führte er aus, die Entscheidung sei gemeinsam und nach umfangreichen Konsultationen getroffen worden. Das Dilemma habe darin bestanden, sich in einem endlosen Konflikt zu befinden oder das Land zu verlassen und die Machtergreifung der Taliban zu riskieren, die eine Tragödie für das afghanische Volk sei. Der NATO-Einsatz sei nicht umsonst gewesen, da das Ziel der Bekämpfung des Terrorismus erreicht worden sei. Der Erfolg müsse erhalten und die richtigen Lehren aus dem 20-jährigen Einsatz gezogen werden. Die aktuelle Lage ändere nichts an der Notwendigkeit des transatlantischen Zusammenhalts im Bündnis. Kein Land könne die sicherheitspolitischen Herausforderungen alleine bewältigen, die sich durch Russland, China, neue und disruptive Technologien sowie durch den Terrorismus ergäben. Die beim NATO-Gipfel im Juni 2021 verabschiedete Agenda „NATO2030“ sehe insbesondere die Stärkung der Cyberabwehr und Investitionen in neue Technologien sowie die Untersuchung der sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels vor. Er begrüßte die Bemühungen der EU, die europäischen Verteidigungsfähigkeiten zu stärken. Die EU sei ein besonderer Partner für die NATO. Parallelstrukturen zur NATO dürften nicht entstehen. Die Verbündeten hätten ihre Verteidigungsausgaben stetig erhöht, diese Dynamik solle beibehalten und die gemeinsame Finanzierung erhöht werden. Er betonte die gemeinsamen Werte der Allianz wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheit, die sich im neuen Strategischen Konzept der NATO niederschlagen sollten.

In der Aussprache erkundigte sich **Adão Silva** (Portugal), ob angesichts der großen Differenzen die transatlantische Zusammenarbeit zukünftig stark sein werde. **Jens Stoltenberg** legte dar, die Vereinigten Staaten hätten ihre Unterstützung für die NATO bekräftigt und alle Mitglieder realisierten, dass sie das Bündnis bräuchten, um neuen Bedrohungen entgegnetreten zu können. **Dr. Karl A. Lamers** (CDU/CSU) fragte, welche Rolle der NATO als Verteidigungsbündnis bei der Konfrontation mit autoritären Staaten wie Russland und China zukomme und welche Aspekte davon in das neue Strategische Konzept aufgenommen werden sollten. **Jens Stoltenberg** erwiderte, die Reform sei wichtig, da im Konzept von 2010 Russland als strategischer Partner bezeichnet und China nicht erwähnt worden sei. Der Prozess für die Entwicklung eines neuen Konzepts sei wichtig, da sich mit einer tiefergehenden Diskussion ein gemeinsames Verständnis für die sicherheitspolitischen Herausforderungen herausbilden könne. **Osman Aşkin Bak** (Türkei) konstatierte, durch das syrische und russische Verhalten befinde sich die türkische Provinz Idlib in einer volatilen Lage. Er fragte, wie die NATO eine neue Migrationskrise verhindern könne. **Jens Stoltenberg** betonte, die NATO verurteile das Vorgehen des syrischen Regimes und Russlands zu tiefst, habe aber vor Ort keine Bodenpräsenz und könne lediglich die UN-Missionen für politische Konsultationen unterstützen. **Kerstin-Oudekki Loone** (Estland) ging auf Forderungen ein, die NATO solle außerhalb des nordatlantischen Raumes agieren, und fragte, ob ein solches Verhalten der NATO als imperialistisch aufgefasst werden könne. **Jens Stoltenberg** unterstrich, die NATO wolle keine globale Organisation werden. Auch als regionales Bündnis sähe sie sich zunehmend globalen Bedrohungen wie Terrorismus, Cyber, Nutzung des Weltraums und dem Aufstieg Chinas gegenüber. **Ojars Eriks Kalnins** (Lettland) erkundigte sich, ob das Thema zivile Mobilität in den *Lessons-Learned* Prozess zu Afghanistan einbezogen werde. Es habe sich gezeigt, dass es keine EU-NATO-Konsultationen bei der Evakuierung von tausenden gestrandeten Staatsangehörigen der Bündnispartner gegeben habe. **Jens Stoltenberg** erwiderte, es habe Konsultationen vor der Abzugs-Entscheidung gegeben. Die Bündnispartner seien sich über einen Abzug einig gewesen, um einen scheinbar endlosen Militäreinsatz mit vielen Opfern zu beenden. Die Rückkehr der Taliban an sich sei nicht überraschend gewesen, jedoch deren Geschwindigkeit. Die Zusammenarbeit habe bei der Evakuierung nach anfänglichen Schwierigkeiten gut funktioniert, so dass mehr als 120.000 Personen ausgeflogen werden konnten. **Caida Cantera** (Spanien) erkundigte sich nach

dem Umgang mit dem Verlust an Glaubwürdigkeit. **Jens Stoltenberg** erklärte, eine eingehende Fehleranalyse sei notwendig. Der Einsatz sei auf der Grundlage des Artikels 5 des Nordatlantikvertrages erfolgt und habe bewirkt, dass Afghanistan während des Einsatzes kein Rückzugsort für den internationalen Terrorismus gewesen sei. Die NATO sei hinsichtlich des Ziels „Nation-Building“ gescheitert, was sich an der sofortigen Auflösung der staatlichen Strukturen gezeigt habe. Die NATO und anderen Organisationen wie EU und VN müssten daraus lernen. **Theo Francken** (Belgien) erkundigte sich, warum die Nachrichtendienste vor der Machtübernahme durch die Taliban nicht besser informiert hätten. **Jens Stoltenberg** erwiderte, die Nachrichtendienste könnten Tatsachen sammeln, eine Vorhersage von politischen Ereignissen sei aber problematisch. Für die Dienste sei der Kollaps der afghanischen Regierung schwer vorhersehbar gewesen. **Salima Belhaj** (Niederlande) erklärte, einige europäische NATO-Mitgliedsstaaten hätten sich beim Abzug im Stich gelassen gefühlt, und fragte, wie die Beziehungen im Bündnis verbessert werden können. **Jens Stoltenberg** führte aus, die Europäer seien nicht alleingelassen worden. Die ersten zwei Tage der Evakuierung seien chaotisch, danach sei die gemeinsame Leistung der Verbündeten beeindruckend gewesen und eine Demonstration für das, was Europa und Nordamerika gemeinsam leisten könnten. **Alec Shelbrook** (Vereinigtes Königreich) sprach die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO) an und erkundigte sich nach einer Strategie für die Überarbeitung des Strategischen Konzepts, insbesondere nach Verfahren zur Vermeidung von möglicherweise durch die PESCO ausgelöster Spannungen zwischen den Bündnispartnern. **Jens Stoltenberg** legte dar, er unterstütze die europäischen Vorhaben, solange die für die PESCO geschaffenen Kapazitäten auch für NATO-Operationen zur Verfügung stünden. Die europäischen Instrumente dürften keine Barrieren zwischen EU- und Nicht-EU Bündnispartnern errichten. **Linda Sanchez** (Vereinigte Staaten) ging auf die wachsenden Herausforderungen für demokratische Staaten durch autoritäre Regime ein. Die Erstürmung des Kapitols am 6. Januar 2021 hätte gezeigt, dass kein Land gegen sie immun sei. Sie erkundigte sich, wie das von der Versammlung vorgeschlagene Zentrum für demokratische Resilienz in der NATO eingeschätzt werde. **Jens Stoltenberg** betonte, die NATO müsse sich eingehend mit der Frage beschäftigen, welchen Beitrag sie zum Schutz der gemeinsamen Werte leisten könne, die in einigen NATO-Staaten unter Druck geraten seien, was durch die schockierenden Ereignisse am 6. Januar 2021 deutlich geworden sei. Die Reform des Strategischen Konzepts ermögliche eine Rückbesinnung auf und Stärkung der demokratischen Werte. Er begrüßte den Vorschlag der Versammlung zur Einrichtung eines Zentrums für demokratische Resilienz und führte aus, dass die Umsetzung im Konsens erfolgen müsse, was einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen könne. **Velizar Shalamanov** (Bulgarien) fragte, wie die osteuropäischen NATO-Staaten noch bestehende Abhängigkeiten von Russland verringern und eine Stärkung der Resilienz am Schwarzen Meer erfolgen könnten. **Jens Stoltenberg** erwiderte, die gemeinsame Finanzierung von Operationen sei ein entscheidendes Mittel zur Stärkung der Resilienz. Die Verteidigungsausgaben seien sieben Jahre in Folge gestiegen und viele gemeinsame Verteidigungsprojekte hätten dadurch realisiert werden können. **Christian Tybring-Gjedde** (Norwegen) ging auf den Konflikt zwischen China und Taiwan ein und erkundigte sich nach der Rolle der NATO in der Verteidigung Taiwans. **Jens Stoltenberg** verwies auf Taiwans fehlende NATO-Mitgliedschaft, die NATO sei zudem auf den Nordatlantikraum beschränkt. Das Verhalten Chinas im Südchinesischen Meer beobachte man mit Sorge. Er forderte verstärkte Investitionen in neue Technologien und eine engere Zusammenarbeit mit den Partnern im pazifischen Raum. **Audronius Azubalis** (Litauen) erläuterte, einige NATO-Mitgliedsstaaten stünden einer NATO-Erweiterung im Hinblick auf mögliche Reaktionen Russlands skeptisch gegenüber und fragte, ob Russland ein Vetorecht zukomme. **Jens Stoltenberg** betonte, es sei das fundamentale und souveräne Recht eines jeden Staates, seinen eigenen Weg zu bestimmen und dem Wunsch eines NATO-Beitritts zu verfolgen. Russland habe kein Vetorecht und werde es nie bekommen. Damals habe Russland den NATO-Beitritt der baltischen Staaten und Polens als Provokation bezeichnet, heute sei gut zu sehen, was die damalige Stärke gegenüber Russland bewirkt habe. **Zdravka Busic** (Kroatien) sieht die Gefahr eines entstehenden Vakuums, wenn Bosnien und Herzegowina nicht der NATO beitreten könnten, und verwies auf die aktuelle Konfliktsituation im Kosovo und in Montenegro. **Jens Stoltenberg** antwortete, Bosnien und Herzegowina würden bei der Modernisierung unterstützt, es bestünden derzeit aber noch hohe Hürden für einen Beitritt. Die NATO sei in Kosovo mit einer starken Truppe präsent, die bei dem jüngsten Konflikt an den Grenzübergängen zu Serbien zum Einsatz gekommen sei. Das Vorgehen in Kosovo sei ein gutes Beispiel für eine gelungene EU-NATO-Kooperation. **Philippe Michel-Kleisbauer** (Frankreich) sprach das trilaterale Militärbündnis AUKUS (Akronym aus den englischen Abkürzungen der drei beteiligten Staaten Australia, United Kingdom und United States) an, das Mitte September 2021 zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten geschlossen worden war, und erklärte, die Vereinbarung stelle einen Bruch zwischen den Partnern dar. **Jens Stoltenberg** erklärte, er begrüße die gemeinsame Erklärung der Präsidenten Emmanuel Macron (Frankreich) und Joe Biden (USA) zu AUKUS. Differenzen



im Bündnis träten auf, jedoch müsse verhindert werden, dass daraus ein dauerhafter Bruch entstehe. Die Vereinbarung richte sich nicht gegen Europa oder die NATO. Die Enttäuschung Frankreichs sei nachvollziehbar, es bestehe aber Einigkeit im Bündnis, dass es zusammenhalten und die Kooperation mit den Partnern im Indopazifik, zu denen Australien zähle, verstärken müsse. **Athanasios Davakis** (Griechenland) erkundigte sich nach den geplanten Schritten zum Schutz der kritischen Infrastrukturen. **Jens Stoltenberg** erwiderte, die Stärkung der Resilienz in diesem Bereich sei ein Schlüsselthema der Reformagenda NATO 2030. Angesichts der steigenden Zahl von hybriden und Cyberattacken stärke die NATO bereits ihre Cyberabwehr und die entsprechende Kooperation der Bündnispartner. Die Diskussion um die Einführung des 5G-Netzes durch einen chinesischen Anbieter habe dazu geführt, dass die NATO begonnen habe, sich mit diesem Thema zu befassen. Auf die Frage von **Paolo Formentini** (Italien) sicherte **Jens Stoltenberg** die Unterstützung der Anstrengungen der Europäer bei der Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten zu, solange sie innerhalb des NATO-Rahmens erfolgten und sich nicht zu einer Alternative entwickelten. Der Schlüssel für eine bessere europäische Verteidigung liege in der Erhöhung der Verteidigungsausgaben und in der Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten. Eine Duplikation zur NATO würde zu unlösbaren Problemen in der Kommandostruktur und bei der Ausrufung des Verteidigungsfalles führen und müsse ausgeschlossen werden. **Michael Szczerba** (Polen) ging auf den Einsatz von Migranten für hybride Angriffe durch Belarus an den Grenzen zu Polen und Litauen ein und fragte nach einer glaubwürdigen Abschreckung durch die NATO. **Jens Stoltenberg** führte aus, die NATO beobachte die Instrumentalisierung der Migranten sehr genau, habe Experten zur Unterstützung nach Litauen gesandt und stehe für weitere Partner bereit. Auf die Frage von **Ana Miguel Santos** (Portugal) nach der politischen Stärkung des Bündnisses, antwortet **Jens Stoltenberg**, die Wahrung des Friedens sei die wichtigste Aufgabe der NATO, die als politisch-militärische Organisation zu sozialen und wirtschaftlichen Fortschritten beitrage.

### 3. Bericht des Schatzmeisters und Annahme des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2022

Schatzmeister **Wolfgang Hellmich** (SPD) stellte den geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2020 sowie seinen Bericht über den Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 vor.

Die Versammlung nahm die Dokumente in der jeweils vorgelegten Fassung an.

### 4. Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten

Gerald E. Connolly (Vereinigte Staaten) wurde im Amt des Präsidenten bestätigt. Des Weiteren wurden die vier stellvertretenden Präsidentinnen Joelle Garriaud-Maylam (Frankreich), Mariori Giannakou (Griechenland), Mimi Kodheli (Albanien) und Karen McCrimmon (Kanada) sowie der stellvertretende Präsident Attila Mesterházy (Ungarn) wiedergewählt. Schatzmeister Wolfgang Hellmich (SPD) wurde für zwei weitere Jahre im Amt bestätigt.

### 5. Beratung der Entschließungsentwürfe

Nach einer Aussprache wurden mehrheitlich sieben Entschließungen angenommen. Der Ausschuss für Demokratie und Sicherheit legte den Entwurf „Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen, integrierten und koordinierten Resilienzkonzepts für die Demokratien der NATO“ vor. Der Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit den Entwurf „Die Unterstützung des Bekenntnisses der NATO zu mehr Verteidigung und Abschreckung bis 2030“ und „Die Erfahrungen aus dem Engagement der NATO in Afghanistan nutzen“. Der Entwurf „Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten und Entwicklung von Fähigkeiten“ war vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit erarbeitet worden. Der Politische Ausschuss legte die beiden Entwürfe „Die Herausforderung durch Russland im Blickpunkt der NATO behalten“ und „Bekräftigung des transatlantischen Zusammenhalts und Umsetzung der Beschlüsse des Brüsseler Gipfels von 2021“ vor. Der Ausschuss für Wissenschaft und Technologie den Entwurf „Wiederbelebung der Rüstungskontrolle in einem dynamischen strategischen Umfeld“.

Berlin, den 5. Mai 2022

**Dr. Karl A. Lamers**  
Leiter der Delegation

**Peter Beuth**  
Leiter der Delegation des Bundesrates

## IX. Verabschiedete Entschlüsse

## Entschließung 466

DIE ENTWICKLUNG EINES GESAMTGESELLSCHAFTLICHEN, INTEGRIERTEN UND KOORDINIERTEN RESILIENZKONZEPTS FÜR DIE DEMOKRATIEN DER NATO<sup>1</sup>

verabschiedet vom

## AUSSCHUSS FÜR DEMOKRATIE UND SICHERHEIT

Die Versammlung,

1. **unter Hinweis darauf**, dass es das Bündnis mit einem immer komplexer werdenden Sicherheitsumfeld zu tun hat, in dem die militärischen und nichtmilitärischen Bedrohungen rasant zunehmen und sich auf die Gesellschaften als Ganzes auswirken, und **in der Erkenntnis**, dass für ihre Bewältigung die Festlegung eines gesamtgesellschaftlichen, integrierten und koordinierten Sicherheitskonzepts erforderlich ist;
2. **unter Verurteilung** der von internen und externen böswilligen Akteuren verübten Angriffe auf die demokratischen Werte und Strukturen des Bündnisses und **unter Hinweis darauf**, dass das Bekenntnis zur Achtung und Verteidigung dieser Werte bei den nationalen und kollektiven Anstrengungen der NATO-Staaten zur Stärkung ihrer Resilienz die zentrale Grundlage bildet;
3. **feststellend**, dass uns die Klima- und Biodiversitätskrise vor wachsende Bedrohungen in Form von Naturkatastrophen, Bevölkerungsbewegungen und politischer Instabilität in allen Teilen der Welt stellt, auch in den Hoheitsgebieten der Mitgliedstaaten;
4. **davon überzeugt**, dass die Fähigkeit des Bündnisses, sich rasch von einem Schock zu erholen, seine erste Verteidigungslinie bildet, und **unter Betonung** der Tatsache, dass die Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen kollektiven Abschreckung und Verteidigung untrennbar mit der Stärkung der Resilienz der Gesellschaften und Demokratien der NATO verbunden ist;
5. **sich dessen bewusst**, dass die Resilienz und Sicherheit des Bündnisses von einer besseren Vorbereitung ziviler Akteure und der Entwicklung einer effektiven und intensiven Zusammenarbeit mit dem Militärssektor in Friedens- wie auch Krisenzeiten abhängt;
6. **eingedenk** der Tatsache, dass die Stärkung der Resilienz zwar in erster Linie eine nationale Angelegenheit ist, jedoch **unter Betonung** der zunehmenden Interdependenz der Gesellschaften der NATO-Staaten und der Verwundbarkeiten und etwaigen Kettenreaktionen, die diese nach sich ziehen kann;
7. **unter Hinweis darauf**, dass die Verbündeten gemäß Artikel 3 des Nordatlantikvertrags verpflichtet sind, einzeln und gemeinsam ihre Widerstandskraft fortzuentwickeln, und **unter Begrüßung** des von den Verbündeten auf dem Gipfeltreffen im Juni 2021 gefassten Beschlusses, Resilienz zu einer der Prioritäten der Agenda „NATO 2030“ zu erheben;
8. **unter Begrüßung** des im Juni 2021 angenommenen *Bekennnisses zur Stärkung der Resilienz* und der Entscheidung, einen Bewertungs- und Überprüfungsprozess für die Grundanforderungen der NATO in Bezug auf die nationale Resilienz in die Wege zu leiten;
9. **in der Erwägung**, dass die Fähigkeit des Bündnisses, Schocks zu bewältigen, auch von den entsprechenden Fähigkeiten seiner Partner abhängt, und somit von der Kooperation mit Nichtmitgliedstaaten und internationalen Organisationen, insbesondere der Europäischen Union (EU), die unsere demokratischen Werte teilen;
10. **unter Hinweis darauf**, dass die COVID-19-Pandemie gezeigt hat, wie sehr es einer zivilen Vorsorge und einer Zusammenarbeit zwischen dem zivilen und militärischen Bereich bei der Krisenbewältigung bedarf, und all denjenigen, Militärangehörigen wie auch Zivilpersonen, die zur Bekämpfung von COVID-19 beigetragen haben und nach wie vor selbstlos beitragen, **ihre Anerkennung aussprechend**;

---

<sup>1</sup> vorgelegt vom Ausschuss für Demokratie und Sicherheit und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 11. Oktober 2021

11. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses sowie gegebenenfalls die NATO-Organe **NACHDRÜCKLICH AUF**,
- a. den Aufbau von Resilienz, einschließlich demokratischer Resilienz, bei den Beratungen über die Zukunft des Bündnisses, insbesondere im Rahmen des Prozesses „NATO 2030“ und der bevorstehenden Aktualisierung des Strategischen Konzepts, in den Mittelpunkt zu stellen;
  - b. den fundamentalen Zusammenhang zwischen demokratischer Resilienz, gesellschaftlicher Resilienz und Sicherheit besser zur Geltung kommen zu lassen und ihr individuelles und kollektives Bekenntnis zu gemeinsamen Werten zu bekräftigen, indem innerhalb der NATO ein Zentrum für demokratische Resilienz eingerichtet wird, das die Verbündeten bei der Stärkung ihrer demokratischen Systeme und Institutionen unterstützen kann;
  - c. eine intensivere Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften, den staatlichen Behörden aller Ebenen, dem Privatsektor und der Bevölkerung bei der Krisenvorsorge und Krisenreaktion zu fördern;
  - d. die an Akteure im zivilen Bereich und insbesondere die Bevölkerung gerichtete Information und Aufklärung zum Thema Resilienz zu verbessern, um ihnen stärker bewusst zu machen, welche zentrale Rolle sie bei einer erfolgreichen Krisenvorbereitung und -bewältigung spielen;
  - e. ihre Kompetenzen zu erweitern, ihre Strukturen auszubauen und genügend finanzielle und personelle Mittel bereitzustellen, um die zur Stärkung der Resilienz der Gesellschaften in den NATO-Staaten festgelegten Ziele zu verwirklichen;
  - f. mithilfe bestimmter Maßnahmen ihre Anstrengungen zur Erfüllung der gegenwärtigen Grundanforderungen der NATO zu verstärken, insbesondere zur Stärkung der Resilienz ihrer kritischen Infrastrukturen, namentlich ihrer Kommunikations- und Verkehrssysteme, zur Diversifizierung ihrer Lieferketten, wodurch sich ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von Staaten verringern würde, die systematisch schädliche und feindliche Aktivitäten gegen die Bündnismitglieder betreiben, und die Aufrechterhaltung der staatlichen Stellen und öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere der Gesundheitssysteme, im Krisenfall sicherzustellen;
  - g. die Grundanforderungen zu überprüfen, zu verschärfen, zu erweitern und quantifizierbarer zu machen, um individuell wie auch kollektiv eine regelmäßige und vergleichende Bewertung der Fähigkeiten und Verwundbarkeiten der Verbündeten zu ermöglichen und den häufigeren Austausch bewährter Vorgehensweisen unter ihnen zu erleichtern;
  - h. den Schutz demokratischer Werte und Institutionen sowie von Wahlprozessen gerade angesichts von Cyberattacken und Desinformation in die Grundanforderungen einzubeziehen;
  - i. ihre Notfallpläne bereits im Vorfeld von Krisen in der Praxis zu testen und zu optimieren, indem häufig Übungen veranstaltet werden, bei denen alle Bedrohungen, mit denen das Bündnis konfrontiert ist, berücksichtigt werden, und in die der zivile wie auch militärische Sektor auf nationaler wie auch NATO-Ebene einbezogen werden, insbesondere mit Unterstützung des Euro-Atlantischen Koordinierungszentrums für Katastrophenhilfe (EADRCC);
  - j. ihre Krisenplanungs- und Krisenbewältigungsmaßnahmen durch die Entwicklung von Frühwarnsystemen und robusten und flexiblen Notfallplänen im Verbund mit allen militärischen und zivilen Akteuren und insbesondere Privatunternehmen zu verstärken;
  - k. den Austausch bewährter Vorgehensweisen zwischen den Mitgliedstaaten und Partnerländern und internationalen Organisationen, insbesondere der EU, die sich wie das Bündnis zu demokratischen Werten bekennen und beim Aufbau von Resilienz besondere Expertise erworben haben, zu erleichtern und die Zusammenarbeit mit ihnen in diesem Bereich zu vertiefen;
  - l. aus der COVID-19-Pandemie in Bezug auf die Resilienz Lehren zu ziehen, insbesondere was die Krisenreaktionsfähigkeit der Gesundheitsinfrastrukturen betrifft, und sie in ihre Strategien für die künftige Krisenvorsorge und Krisenreaktion umzusetzen.

## Entschließung 467

**DIE UNTERSTÜTZUNG DES BEKENNTNISSES DER NATO ZU MEHR VERTEIDIGUNG UND ABSCHRECKUNG BIS 2030<sup>2</sup>**

verabschiedet vom

**AUSSCHUSS FÜR VERTEIDIGUNG UND SICHERHEIT**

Die Versammlung,

1. die von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren ausgehenden komplexen konventionellen, hybriden und nichtmilitärischen Herausforderungen für das Bündnis *zur Kenntnis nehmend* und den 360-Grad-Ansatz der NATO zur Aufrechterhaltung eines dynamischen, glaubwürdigen und effektiven Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs *unterstützend*,
2. die seit 2014 unternommenen wichtigen Schritte zur Anpassung und Stärkung des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs des Bündnisses im Hinblick auf den Umgang mit den Herausforderungen des internationalen Sicherheitsumfelds, denen sich die euro-atlantische Gemeinschaft gegenübersteht, die die Einsatzbereitschaft, Präsenz und Resilienz des gesamten Bündnisses deutlich verbessert haben, *mit Beifall zur Kenntnis nehmend*;
3. *unter Begrüßung* des Beschlusses, das Strategische Konzept der NATO zu entwickeln, um den unterschiedlichen komplexen sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen die NATO-Mitgliedstaaten heute stehen, Rechnung zu tragen;
4. die immer aggressiver werdende Außenpolitik Russlands und insbesondere die widerrechtliche Annexion und Besetzung von Gebieten, die durch die fortwährende Erweiterung und Modernisierung seiner konventionellen und atomaren Streitkräfte gestützt werden und zu gefährlichen militärischen Abenteuern an den östlichen Grenzen der NATO und den angrenzenden Meeren führen, *nachdrücklich verurteilend*;
5. *besorgt* über die immer zahlreicher werdenden Versuche Russlands, mithilfe von Cyberangriffen und aggressiven Desinformationskampagnen die kritischen Infrastrukturen und demokratischen Institutionen der NATO-Mitgliedstaaten und -Partner anzugreifen sowie durch den provokanten Rückgriff auf andere böswilliger hybrider Taktiken zu versuchen, das Bündnis zu zerstören und zu spalten;
6. *besorgt* darüber, dass Chinas immer selbstbewusster werdendes Auftreten sowie seine Ambitionen im Cyberspace und im Weltraum sowie im maritimen Bereich eine systemische Herausforderung für die regelbasierte internationale Ordnung darstellen, die sicherheitspolitische Folgen für die NATO und ihre Mitgliedstaaten haben könnte;
7. *besorgt* über die rasche Expansion des chinesischen Atomarsenals in jüngster Zeit und die steigende Zahl landgestützter Raketen, wodurch das globale Gleichgewicht der nuklearen Abschreckung ins Wanken gerät;
8. *wachsam* gegenüber der fortwährenden Bedrohung des Terrorismus für die internationale Sicherheit und *unter Berücksichtigung* der sich weiterentwickelnden komplexen Mittel und Wege, die Terroristen und bewaffnete Terrorgruppen anwenden;
9. die bei dem Gipfel im Juni 2021 erklärte Entschlossenheit des Bündnisses, die NATO als Organisationsrahmen für die kollektive Verteidigung des euro-atlantischen Raums weiterhin zu stärken, *bekräftigend* und das fortwährende Bekenntnis der NATO-Mitgliedstaaten zur Aufrechterhaltung eines geeigneten Mix aus atomaren, konventionellen und Raketenabwehrfähigkeiten für die Verteidigung und Abschreckung *unterstützend*;
10. *ermutigt* durch die Verabschiedung des NATO *Warfighting Capstone Concept* (NWCC) und des *Concept for Deterrence and Defence of the Euro-Atlantic Area* (CDD) wie in der NATO-Agenda 2030 vereinbart, die das Ziel haben, die Modernisierung und Bereitschaft der Streitkräfte des Bündnisses auch in Zukunft zu gewährleisten;

---

<sup>2</sup> vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 11. Oktober 2021

11. die Bedeutung der Wahrung des technologischen Vorsprungs des Bündnisses zwecks Aufrechterhaltung eines glaubwürdigen Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs vor dem Hintergrund des sich verändernden Charakters von Konflikten **hervorhebend** und folglich **ermutig** durch die Schaffung des zivil-militärischen Programms *Defence Innovator Accelerator for the North Atlantic* (DIANA), mit dem die transatlantische Zusammenarbeit und Investitionen für die Entwicklung neuer und disruptiver Technologien (EDTs) gefördert werden sollen;
12. die Einrichtung eines *Space Centre of Excellence* in Frankreich **unterstützend** und in diesem Zusammenhang feststellend, dass es notwendig ist, auch in Zukunft eine effektive Verteidigung und Abschreckung in allen operativen Bereichen zu gewährleisten;
13. **unter Hinweis auf** das fortwährende Bekenntnis der NATO-Mitgliedstaaten zu der 2014 getroffenen Zusage für Verteidigungsinvestitionen zwecks Unterstützung der laufenden Anpassungsmaßnahmen des Bündnisses im Bereich Verteidigung und Abschreckung und der allgemeinen Ziele der Agenda 2030 der NATO;
14. die fortwährende Unterstützung der NATO für die Politik der offenen Tür wie in Artikel 10 des NATO-Vertrags erklärt **erneut bekräftigend**;
15. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
  - a. die erneute Betonung von Abschreckung und Verteidigung als Kernaufgabe der NATO von Seiten des Bündnisses, die für das Fortbestehen des transatlantischen Bundes von grundlegender Bedeutung ist und durch Artikel 5 des NATO-Vertrags gestützt wird, in vollem Umfang zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass das neue Strategische Konzept diesem Kerngrundsatz Rechnung trägt;
  - b. sich weiterhin gemeinsam dafür einzusetzen, dass das Bündnis ein dynamisches und anpassungsfähiges Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv auf der Grundlage eines geeigneten Mix aus nuklearen, konventionellen und Raketenabwehrfähigkeiten aufrechterhält, das den realen Gegebenheiten des internationalen Sicherheitsumfelds Rechnung trägt;
  - c. den beim Gipfel im Juni 2021 gezeigten entschiedenen politischen Willen mit den für die Aufrechterhaltung bzw. Stärkung der gesamten Bandbreite der Initiativen des Bündnisses nach 2014 notwendigen Ressourcen zu unterfüttern, insbesondere durch das fortlaufende Bekenntnis zu der 2014 getroffenen Zusage für Verteidigungsinvestitionen;
  - d. die rasche und effektive Umsetzung der beim Gipfel im Juni 2021 verabschiedeten Beschlüsse zur Verbesserung des Verteidigungs- und Abschreckungsdispositivs des Bündnisses, insbesondere des NWCC und des CDD als Schlüsselinstrumente für die Gestaltung der Modernisierung und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte des Bündnisses, zu garantieren;
  - e. dynamische und auf dem neuesten Stand der Technik befindliche Innovationen im gesamten Bündnis mithilfe von Investitionen in das zivil-militärische Programm DIANA und durch die aktive Förderung und finanzielle Unterstützung einer zielführenden Zusammenarbeit zwischen Regierungen, dem privatwirtschaftlichen Sektor, nichtstaatlichen Akteuren und der Wissenschaft zu fördern;
  - f. Initiativen der NATO-Mitgliedstaaten zur Stärkung der Position der NATO im Cyberbereich und im Weltraum finanziell zu unterstützen, insbesondere durch die Förderung des kürzlich geschaffenen *Cyber-space Operations Centre* und des *Space Centre of Excellence*;
  - g. die Rolle der NATO beim Kampf der internationalen Gemeinschaft gegen den Terrorismus weiter auszubauen, insbesondere durch die Aktualisierung des Aktionsplans der NATO zur Terrorismusbekämpfung, der die Kapazitäten des Bündnisses zur Aufdeckung und Verhütung von Terrorismus mithilfe umfassender Investitionen auf nationaler Ebene und auf Ebene des Bündnisses stärkt, sowie den Kapazitätenaufbau und Auslandsoperationen der Partner zu verbessern;
  - h. das Abschreckungs- und Verteidigungsdispositiv der NATO weiter kontinuierlich zu stärken und zu diesem Zweck die bereits vorhandene Zusammenarbeit mit NATO-Beitrittskandidaten zu entwickeln;
  - i. sich weiterhin zum zweigleisigen Ansatz als Haupttraum für die Beziehungen zwischen der NATO und Russland zu bekennen und dazu ein dynamisches Abschreckungsdispositiv gegen die Aggressionen Russlands zu gewährleisten und gleichzeitig – soweit möglich – weiterhin offen für einen zielführenden Dialog zu sein;

- j. zusammenzuarbeiten mit dem Ziel, eine umfassende und gemeinsame transatlantische Strategie gegenüber China zu entwickeln und dabei im Idealfall – soweit möglich – den kooperativen Austausch zu suchen, aber auch sich darauf einzustellen, den Herausforderungen zu begegnen, die der Aufstieg Chinas für die transatlantische Sicherheit und die internationale regelbasierte Ordnung darstellen können;
- k. die bei der Umsetzung der Agenda 2030 der NATO erzielten Fortschritte im Hinblick auf Abschreckung und Verteidigung bei den kommenden NATO-Gipfeln in Spanien 2022 und in Vilnius 2023 zu evaluieren.

### Entschließung 468

## DIE ERFAHRUNGEN AUS DEM ENGAGEMENT DER NATO IN AFGHANISTAN NUTZEN<sup>3</sup>

verabschiedet vom

### AUSSCHUSS FÜR VERTEIDIGUNG UND SICHERHEIT

Die Versammlung,

1. den Dienst und die Opfer, die die Angehörigen der Sicherheitskräfte des Bündnisses, der Partnerländer und Afghanistans gemeinsam im Laufe der vergangenen zwanzig Jahre in Afghanistan geleistet und erbracht haben, **ehrend**;
2. den Soldatinnen und Soldaten des Bündnisses und der Partnerländer und den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die sichere Evakuierung von über 120.000 Staatsangehörigen der NATO-Mitgliedstaaten und Partnerländer und gefährdeten Afghaninnen und Afghanen aus Kabul im August 2021 sichergestellt haben, ihre **Anerkennung aussprechend**;
3. die Maßnahmen der NATO-Mitgliedstaaten und Partnerländer zur Wiederansiedlung von anspruchsberechtigten afghanischen Staatsangehörigen, die die Operationen der NATO und der NATO-Mitgliedstaaten in Afghanistan unterstützt haben, **befürwortend**;
4. **unter Hinweis auf** die eindruckliche Demonstration der Solidarität der NATO-Mitglieder mit den Vereinigten Staaten, als die NATO nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 zum ersten und bisher einzigen Mal den Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags ausrief;
5. **unter Hervorhebung** der Tatsache, dass die von den Vereinten Nationen mandatierte NATO-Mission in Afghanistan den Terroranschlägen vom 11. September 2001 folgte, die aus Afghanistan organisiert worden waren, und dass aufgrund des Vorgehens und der Solidarität von über 50 Ländern seitdem von Afghanistan aus keine Terrorangriffe in den NATO-Mitgliedstaaten mehr organisiert wurden;
6. **entschlossen**, dafür zu sorgen, dass Afghanistan nie wieder als Zufluchtsort für den globalen Terrorismus dient und die Erfolge, die diesbezüglich in den letzten zwanzig Jahren erzielt wurden, bewahrt werden;
7. **unter Hervorhebung** der Tatsache, dass die Präsenz der NATO in Afghanistan zu beispiellosen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften für das afghanische Volk und insbesondere für afghanische Frauen und Mädchen beigetragen hat;
8. **in Bekräftigung** dessen, dass jedwede afghanische Regierung ihre internationalen Verpflichtungen einhalten, die Menschenrechte aller Menschen in Afghanistan und insbesondere von Frauen, Kindern und Minderheiten sichern, die Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten, den ungehinderten humanitären Zugang ermöglichen und dafür sorgen muss, dass Afghanistan nie wieder als Zufluchtsort für den internationalen Terrorismus dient;
9. **besorgt** angesichts der Berichte über willkürliche Verhaftungen, Verfolgung und Gewalt seitens der Taliban gegenüber dem afghanischen Volk;
10. **äußerst besorgt** darüber, dass es in Afghanistan und darüber hinaus zu humanitären Krisen, Bürgerkrieg, zunehmender Kriminalität, illegaler Migration, Menschen- und Drogenschmuggel und regionaler Destabilisierung kommen könnte;

<sup>3</sup> vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 11. Oktober 2021

11. **unter Betonung** der Tatsache, dass jedwede afghanische Regierung, die ihren internationalen Verpflichtungen nicht nachkommt, eine tiefgreifende internationale Isolation riskiert;
12. **zur Kenntnis nehmend**, dass der Zusammenbruch der Institutionen in Afghanistan Fragen aufwirft, mit denen sich die NATO-Mitgliedstaaten gemeinsam auseinandersetzen müssen;
13. das Bekenntnis der NATO-Mitgliedstaaten, die Erfahrungen aus dem Engagement in Afghanistan nutzen zu wollen, **begrüßend** und **entschlossen**, aktiv zu diesem Prozess beizutragen;
14. **überzeugt**, dass die Erfahrungen aus dem Engagement der NATO in Afghanistan unmittelbar relevant für das nächste Strategische Konzept der NATO sind und sich darin widerspiegeln müssen;
15. **zuversichtlich**, dass das nächste Strategische Konzept der NATO allen komplexen sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen das Bündnis steht, Rechnung tragen wird, insbesondere der Herausforderung des internationalen Terrorismus in der Form, in der er sich in den zwei Jahrzehnten seit dem erstmaligen Engagement des Bündnisses in dem Land entwickelt hat;
16. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
  - a. eine gründliche, klare und umfassende Aufarbeitung des zwanzig Jahre währenden Engagements des Bündnisses in Afghanistan durchzuführen;
  - b. die Erfahrungen aus diesem Engagement in das neue Strategische Konzept und allgemein die Agenda 2030 der NATO einfließen zu lassen; dies beinhaltet insbesondere Erfahrungen im Hinblick auf politische Konsultationen, die Einschätzung von Bedrohungen, Entscheidungen im Laufe von Operationen und Anpassungsprozesse, Aufklärung, Terrorismusbekämpfung, Ausbildung der Partner und Kapazitätenaufbau sowie Bekämpfung von Korruption und Drogenhandel;
  - c. die Parlamentarische Versammlung der NATO als Forum für offene Debatten über das Engagement des Bündnisses in Afghanistan zu nutzen, bei denen die Gesetzgeber der NATO-Mitgliedstaaten schwierige Fragen erörtern, sich über gewonnene Erfahrungen verständigen und den Zusammenhalt bewahren können, während das Bündnis die nächsten Schritte unternimmt;
  - d. sich an den Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zu beteiligen mit dem Ziel, jedwede afghanische Regierung zu drängen, sich an ihre internationalen Verpflichtungen zu halten, und dabei alle den NATO-Mitgliedstaaten zur Verfügung stehende diplomatische, politische und wirtschaftliche Instrumente zu nutzen, um dafür zu sorgen, dass die neue afghanische Regierung auf Gewalt und Racheakte verzichtet, einen inklusiven politischen Prozess unter Achtung der grundlegenden Menschenrechte aller Afghaninnen und Afghanen unterstützt und die Beteiligung von Frauen am politischen und zivilen Leben garantiert, verhindert, dass Afghanistan erneut zu einem Zufluchtsort für den globalen Terrorismus wird, anspruchsberechtigten Afghanen und Nicht-Afghanen erlaubt, das Land sicher zu verlassen, wenn sie dies wünschen, den uneingeschränkten humanitären Zugang in Afghanistan ermöglicht und mehr Verantwortung für die Flüchtlingskrise übernimmt und deren schwere Bürde nicht allein den Nachbarstaaten überlässt;
  - e. die Erfahrungen in den Reflexionsprozess einfließen zu lassen, um den Ansatz des Bündnisses in Bezug auf die Terrorismusbekämpfung an neue strategische Umstände anzupassen und dabei regionale und internationale Partner einzubeziehen, um dafür zu sorgen, dass Afghanistan nie wieder als Zufluchtsort für internationale Terrororganisationen dient, aber auch um der Herausforderung des internationalen Terrorismus zu begegnen, wenn die Interessen und Bevölkerungen der NATO-Mitgliedstaaten bedroht werden;
  - f. aktiv mit den Ländern in der Region und den zuständigen Organisationen, beispielsweise den Vereinten Nationen und der EU, zusammenzuarbeiten, um afghanische Flüchtlinge zu unterstützen, die Folgen der andauernden humanitären Krise abzumildern und die regionale Stabilität aufrechtzuerhalten;
  - g. die Maßnahmen zur Verhütung von Terrorismus zu verstärken und zu diesem Zweck Stabilität und die damit zusammenhängende Entwicklung von Sicherheitsfähigkeiten in den regionalen Partnerländern zu unterstützen, um mögliche Interaktionen mit fundamentalistischen Gruppen im Mittelmeerraum zu vermeiden.

**Entschließung 469****VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN DER NATO-STAA TEN UND ENTWICKLUNG VON FÄHIGKEITEN<sup>4</sup>**

verabschiedet vom

**AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND SICHERHEIT**

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung** der Tatsache, dass die COVID-19-Pandemie und die durch sie ausgelöste weltweite Rezession die Haushalte der NATO-Staaten erheblich belastet haben;
2. **zur Kenntnis nehmend**, dass die Verteilung knapper Ressourcen eine große und dauerhafte Herausforderung für die demokratischen Regierungen und Parlamente darstellt;
3. **in Anerkennung** der berechtigten Sorgen, dass die Regierungen der NATO-Staaten versucht sein könnten, die Verteidigungsausgaben zugunsten anderer akuter Ausgabenprioritäten zu reduzieren;
4. **feststellend**, dass die Sicherheitslandschaft weiterhin voller Bedrohungen und Gefahren ist, die sich durch die Pandemie und die damit verbundene Wirtschaftskrise noch verschärft haben;
5. **unter Hinweis darauf**, dass die Regierungen der NATO-Staaten bereits vor der Pandemie die gemeinsame Notwendigkeit erkannt hatten, ausreichend hohe Militärausgaben und Investitionen sicherzustellen, um sowohl aktuellen als auch künftigen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung zu tragen;
6. **erneut erklärend**, dass sich die Verbündeten auf dem Gipfeltreffen 2014 in Wales verpflichteten, zwei Prozent ihres BIP für die Verteidigung und 20 Prozent ihres jeweiligen Verteidigungsetats für Großgerät, Forschung und Entwicklung bereitzustellen;
7. **dadurch ermutigt**, dass seit 2014 mehrere Verbündete diese ausgaben- und investitionsbezogenen Zielvorgaben erreicht haben und weitere Verbündete deutlich vorangekommen sind und sich auf bestem Wege befinden, sie bis 2024 zu erfüllen;
8. gleichwohl **darüber besorgt**, dass mehrere Bündnisstaaten nach derzeitigem Stand die Ausgaben- und Investitionsverpflichtungen bis 2024 nicht erfüllen werden und dass dies eben jene Solidarität, die die NATO so erfolgreich gemacht hat, untergraben könnte;
9. **davon überzeugt**, dass Verteidigungsausgaben unverändert die Grundlage der nationalen Sicherheit und eine Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum bilden und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern können, während sie gleichzeitig für technologische Weiterentwicklungen mit wichtigen kommerziellen Anwendungen sorgen;
10. **unter Betonung** der Tatsache, dass drastische und anhaltende Kürzungen der Verteidigungsausgaben unweigerlich die rüstungsindustrielle Basis schwächen und zu einem dauerhaften Verlust des auf diesen Bereich spezialisierten Humankapitals führen würde, wodurch es sehr schwierig wäre, die künftige Produktion im Bedarfsfall wieder hochzufahren;
11. **zur Kenntnis nehmend**, dass die Entwicklung multinationaler Fähigkeiten den Verbündeten dabei helfen kann, ihre kollektive Kaufkraft zu steigern, Kosten zu reduzieren, die Interoperabilität zu erhöhen und die Fähigkeitsziele zu erreichen;
12. die Einrichtung des Beschleunigers von Verteidigungsinnovationen für den Nordatlantik (DIANA), durch den die transatlantische Zusammenarbeit im Bereich kritischer Technologien verbessert, die Interoperabilität gefördert und zivile Innovationen in den verschiedenen NATO-Mitgliedstaaten erschlossen werden, **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
13. **unter Begrüßung** eines Ansatzes bei der europäischen Verteidigungszusammenarbeit, der sowohl die EU als auch die NATO stärken würde und gleichzeitig dafür sorgt, dass sich die NATO-Fähigkeiten weder überschneiden noch verringern, und die Rolle der NATO als wichtigste transatlantische Verteidigungs- und Sicherheitsorganisation **hervorhebend**;

---

<sup>4</sup> vorgelegt vom Ausschuss für Wirtschaft und Sicherheit und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 11. Oktober 2021



14. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

- a. dafür zu sorgen, dass alle Verbündeten die zuletzt beim NATO-Gipfeltreffen im Juni 2021 bekräftigte Zusage zu Investitionen im Verteidigungsbereich erfüllen und dabei den Schwerpunkt nicht nur auf die Erreichung des Zwei-Prozent-Richtwerts für Verteidigungsausgaben, sondern auch auf die Fähigkeitenentwicklung und das Ziel zu legen, 20 Prozent des nationalen Verteidigungshaushalts in Beschaffungen sowie Forschung und Entwicklung zu investieren;
- b. sich den Prozess „NATO 2030“ und die Entwicklung des neuen Strategischen Konzepts der NATO zunutze zu machen, um den zur Erfüllung dieser zentralen Sicherheitszusagen erforderlichen politischen Willen zu mobilisieren und die Zusammenarbeit in einer Weise zu vertiefen, dass die knappen Verteidigungsressourcen effizienter eingesetzt werden;
- c. kollektive und nationale Anstrengungen zu unternehmen, um die Fähigkeitenentwicklung und langfristige Verteidigungsinvestitionen voranzutreiben, insbesondere um die vereinbarten und den einzelnen NATO-Mitgliedern mithilfe des NATO-Verteidigungsplanungsprozesses zugewiesenen Fähigkeitsziele zu erreichen;
- d. die Bemühungen zu verstärken, um bei den Verteidigungsausgaben eine größere Effizienz zu erzielen und dadurch die finanziellen Belastungen bei gleichzeitiger Verbesserung dringend benötigter Fähigkeiten zu minimieren;
- e. die Etats für Beschaffung und Verteidigungsinvestitionen zur Gewährleistung einer funktionierenden rüstungsindustriellen Basis und der künftigen Fähigkeitenentwicklung aufrechtzuerhalten;
- f. eine Konsolidierung der stark unter Druck geratenen Rüstungsbranche sowohl auf europäischer als auch transatlantischer Ebene voranzutreiben, wodurch sich Kosten reduzieren, die Interoperabilität vertiefen und eine stärkere Integration des Verteidigungssektors im gesamten Bündnis fördern lassen;
- g. offenere transatlantische Verteidigungsmärkte zu fördern;
- h. den Zwei-Prozent-Richtwert für Verteidigungsausgaben um weitere Parameter, darunter etwa die Fähigkeitenentwicklung und/oder Ausgabentendenzen, zu ergänzen, wodurch sich ein umfassenderes Bild von den nationalen und kollektiven Verteidigungsanstrengungen vermitteln ließe.

**Entschließung 470**

**DIE HERAUSFORDERUNG DURCH RUSSLAND IM BLICKPUNKT DER NATO BEHALTEN<sup>5</sup>**

verabschiedet vom

**AUSSCHUSS FÜR VERTEIDIGUNG UND SICHERHEIT**

Die Versammlung,

1. **unter Hervorhebung** der Tatsache, dass im Kontext des immer komplexeren globalen strategischen Umfelds das aggressive Vorgehen der Russischen Föderation nach wie vor die unmittelbarste Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit darstellt;
2. **mit Bedauern darüber**, dass trotz der ständigen Bemühungen der NATO, auf Russland zuzugehen, insbesondere seit der Unterzeichnung der NATO-Russland-Gründungsakte von 1997, die Beziehungen zwischen Russland und der euroatlantischen Gemeinschaft infolge des feindseligen Verhaltens und der inakzeptablen Verstöße gegen internationale Gesetze und Normen von Seiten Moskaus, die eine Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit darstellen, gegenwärtig einen neuen Tiefpunkt seit dem Kalten Krieg erreicht haben;
3. **unter Hinweis darauf**, dass die bevorstehende Entwicklung des neuen Strategischen Konzepts des Bündnisses eine günstige Gelegenheit bietet, um die Vorgehensweise des Nordatlantikbündnisses in Bezug auf die permanenten und stets neuen Herausforderungen durch Russland anzupassen;

<sup>5</sup> vorgelegt vom Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 21. Oktober 2021

4. **in Bekräftigung** der Tatsache, dass der zweigleisige Ansatz – der auf entschlossener Verteidigung und Abschreckung bei gleichzeitiger Offenheit für politischen Dialog beruht – gegenüber Russland nach wie vor aktuell ist, wobei der Schwerpunkt auf entschlossener Verteidigung und Abschreckung liegt, und **unter Hervorhebung** der Tatsache, dass man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen darf, solange Russland nicht zeigt, dass es dem Völkerrecht und seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt;
5. **unter Verurteilung** der fortdauernden Verletzung der territorialen Unversehrtheit Georgiens, der Ukraine und der Republik Moldau durch Russland, der rechtswidrigen Einschränkung der freien Schifffahrt in das Asowsche Meer und aus ihm heraus sowie im Schwarzen Meer, der anhaltenden Versuche Russlands, diese Länder zu destabilisieren, ihre europäische und/oder euroatlantische Integration zu sabotieren und fahrlässige und unverantwortliche Eskalationen zu provozieren;
6. **mit dem Ausdruck der Besorgnis** über die gravierenden Menschenrechtsverletzungen und die ethnische Diskriminierung gegenüber Georgierinnen und Georgiern in den besetzten Gebieten Abchasien und Region Zchinwali/Südossetien, **unter Betonung** der Notwendigkeit der Umsetzung der von der EU vermittelten Waffenstillstandsvereinbarung seitens der Russischen Föderation und **unter Hervorhebung** des Rechts von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen, in ihre Häuser zurückzukehren;
7. **unter Begrüßung** der Einrichtung der Krim-Plattform, durch die die Kontrolle der Ukraine über ihr Hoheitsgebiet in vollständigem Einklang mit dem Völkerrecht wiederhergestellt werden soll, **unter Betonung** der Tatsache, dass die euroatlantische Gemeinschaft die unrechtmäßige und illegitime Besetzung und Annexion der Krim niemals anerkennen wird, und die systematischen Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung der Krimtataren und ethnischen Ukrainer auf der Halbinsel aufs Schärfste **verurteilend**;
8. **in Kenntnis** von Russlands derzeitigem umfangreichen militärischen Modernisierungsprogramm, darunter auch seinen Bemühungen zur Entwicklung neuer destabilisierender Kernwaffen, seiner militärischen Aufrüstung und Stationierung moderner A2/AD(*anti-access/area denial*)-Systeme entlang der Ostflanke der NATO, darunter auch auf der unrechtmäßig besetzten Krim, seiner sich vertiefenden militärischen Integration mit Belarus, seiner wachsenden militärischen Zusammenarbeit mit China und seiner militärischen Präsenz in der Arktis und im Nahen Osten;
9. **zutiefst besorgt** über Russlands Vorgehen, mit dem das System der globalen Rüstungskontrolle und der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen unterlaufen wird, einschließlich seiner Verstöße gegen den Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), die Tatsache, dass es seinen Verpflichtungen aus dem Vertrag über den Offenen Himmel nicht uneingeschränkt nachkommt, seine selektive Umsetzung des Wiener Dokuments und die Tatsache, dass Russland den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa nicht umgesetzt hat;
10. **beunruhigt** über die ständigen Verletzungen des Luftraums der Verbündeten, das aggressive Gebaren gegenüber Schiffen der Verbündeten, die im Schwarzen Meer ihr Recht auf freie Schifffahrt ausüben, sowie die Durchführung groß angelegter unangekündigter und überraschend angesetzter Übungen nahe der Grenze zu NATO-Verbündeten und ihren Partnern;
11. **eingedenk** der sich für die euroatlantische Sicherheit stellenden Herausforderungen durch die von Russland eingesetzten Mittel der hybriden Kriegsführung, mit denen die Verbündeten und Partnerstaaten demoralisiert werden sollen, namentlich von Cyberattacken, Desinformation, der Entsendung von Söldnern, Störmanövern durch russische Geheimdienste, darunter gezielte Tötungen unter Einsatz verbotener chemischer Substanzen, dem Einsatz von Energie und Korruption als Mittel der Außenpolitik und der Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten, und **unter Begrüßung** der von den Staats- und Regierungschefs der NATO auf dem Gipfeltreffen 2021 in Brüssel getätigte Aussage, dass „in Fällen von hybrider Kriegsführung [...] der Rat beschließen [könnte], den Bündnisfall nach Artikel 5 des Vertrags von Washington auszurufen“;
12. **unter Verurteilung** des zunehmend autoritären Charakters des Regimes, der systematischen Repressalien gegen die Überreste der demokratischen Opposition, der Zivilgesellschaft und der unabhängigen Medien, des Fehlens freier Wahlen und einer unabhängigen Justiz und der Versuche, die Freiheit des Internets zu beschneiden;
13. **die widerrechtliche Organisation und Durchführung von Wahlen zur russischen Staatsduma auf der annektierten Krim durch Russland und die Tatsache, dass ukrainische Bürgerinnen und Bürger gezwungen wurden, mit widerrechtlich ausgestellten russischen Pässen an diesen Wahlen in den besetzten Gebieten Donezk und Lugansk teilzunehmen, verurteilend**;

14. die russische Unterstützung brutaler Diktaturen in aller Welt, darunter in Belarus, das aktuell die Migration als Instrument der hybriden Kriegführung gegen die Länder an der Ostflanke der NATO instrumentalisiert, **gleichfalls verurteilend**;
15. das unveräußerliche Recht der russischen Nachbarländer auf die freie Wahl ihrer Bündnisse **unterstreichend** und **unter erneuter Bekräftigung** der Tatsache, dass sie die NATO-Politik der offenen Tür, gegen die kein Drittland Einspruch erheben kann, uneingeschränkt unterstützt;
16. **unter Begrüßung** der von den Staats- und Regierungschefs der NATO auf dem Gipfeltreffen 2021 in Brüssel gefassten Beschlüsse, die Verteidigung und Abschreckung des Bündnisses angesichts der von Russland ausgehenden Bedrohungen zu verstärken, und **mit Lob** für die Wirksamkeit der verstärkten Vornepräsenz und der maßgeschneiderten Vornepräsenz als Demonstration der gemeinsamen Entschlossenheit, den Sicherheitsbedrohungen an der Ostflanke des Bündnisses zu begegnen;
17. **in Bekräftigung** der Tatsache, dass das Bündnis allein dem Zweck dient, seine Mitglieder zu verteidigen und deren Partner zu unterstützen, und nicht die Konfrontation mit Russland sucht;
18. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
  - a. im neuen Strategischen Konzept der NATO klar festzustellen, dass das aggressive Vorgehen Russlands die unmittelbarste Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit und die gemeinsamen Werte der NATO wie Freiheit des Einzelnen, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit darstellt;
  - b. gegenüber Russland eine klarsichtige Politik zu verfolgen, die sich in erster Linie auf die Stärkung der Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeiten der NATO-Mitglieder und der gesellschaftlichen Resilienz gegenüber den Bedrohungen durch Russland stützt, und entsprechend dem zweigleisigen Ansatz der NATO gleichzeitig Bereitschaft für einen regelmäßigen, fokussierten und zielführenden Dialog zu signalisieren;
  - c. die auf dem Gipfeltreffen 2021 in Brüssel gefassten Beschlüsse umzusetzen, d. h. das Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv des Bündnisses, unter anderem an der Ostflanke, weiter zu verbessern, die Durchführung häufigerer gemeinsamer Übungen, verstärkte Entsendungen auf Rotationsbasis und die Schließung von Fähigkeitslücken in der Region zu erwägen, eine Nutzung der gemeinschaftlichen Finanzierung der NATO für die verstärkte und die maßgeschneiderte Vornepräsenz ins Auge zu fassen und im Verbund mit der EU für die effektive Durchführung von Projekten der militärischen Mobilität zu sorgen, um im Krisenfall eine zügige Verstärkung von NATO-Einheiten an der Ostflanke zu ermöglichen;
  - d. die von der NATO geleistete Unterstützung der Bemühungen Georgiens und der Ukraine, ihren euroatlantischen Integrationsprozess zu beschleunigen, zu verstärken, durch vermehrte gemeinsame Übungen und die praktische Unterstützung ihrer Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen, Solidarität mit Georgien und der Ukraine zu signalisieren, und die vorübergehende Besetzung und widerrechtliche Annexion von Teilen der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldau durch Russland weiter zu verurteilen, darunter auch im NATO-Russland-Rat;
  - e. die Umsetzung der Bestimmungen der von den Teilnehmern der Krim-Plattform am 23. August 2021 in Kiew (Ukraine) abgegebenen gemeinsamen Erklärung zu unterstützen;
  - f. die Resilienz der Verbündeten angesichts der hybriden Bedrohungen durch Russland zu stärken, indem das Lagebild der NATO verbessert und ihr Instrumentarium zur Abwehr dieser Bedrohungen erweitert wird, namentlich durch den Austausch bewährter Verfahren zur Ermittlung und Entlarvung russischer Desinformation, die systematische Einbeziehung der auf hybride Bedrohungen zu gebenden Antworten in gemeinsame Übungen und eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und der EU;
  - g. das strategische Bewusstsein für das neue außenpolitische Engagement Russlands wie beispielsweise seine Beziehungen zu China und seine Aktivitäten im Nahen Osten und in Afrika, wodurch die euroatlantische Sicherheit beeinträchtigt werden könnte, zu erhöhen, indem innerhalb der NATO-Abteilung für gemeinsame Nachrichtengewinnung und Sicherheit eine spezielle Stelle zur Beobachtung dieser Entwicklungen und zum Austausch von Erkenntnissen eingerichtet wird;
  - h. alle diplomatischen und wirtschaftlichen Druckmittel, darunter die weitere Anwendung weitreichender Sanktionen, zu nutzen, um den Preis für Russlands aggressives und destabilisierendes Verhalten und seine Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte in die Höhe zu treiben, und sich für die Einführung

- von Magnitski-Gesetzen in der euroatlantischen Gemeinschaft und darüber hinaus einzusetzen, um russische Amtsträger und Privatpersonen für Menschenrechtsverletzungen und Korruption in großem Stil zur Rechenschaft zu ziehen;
- i. Verwundbarkeiten, die von der Abhängigkeit von russischen Rohstoffen herrühren, zu beseitigen, indem unter anderem mit Verbündeten und strategischen Partnern bei Projekten, die ihre Energieversorgungssicherheit betreffen, Solidarität demonstriert wird, und indem die Anstrengungen zur Umsetzung ehrgeiziger Klimaschutzagenden in Europa und Nordamerika verstärkt werden;
  - j. die derzeitigen Kommunikationskanäle mit Russland offen zu halten, um eine unbeabsichtigte Eskalation zu verhindern, und trotz einer realistischen Einschätzung der Aussichten auf einen echten Dialog mit dem gegenwärtigen Regime Möglichkeiten für einen Dialog in konkreten Bereichen auszuloten, unter anderem bei der Rüstungskontrolle, der Terrorismusbekämpfung, der Pandemieeindämmung und dem Klimawandel, wenn dies den Sicherheitsinteressen des Bündnisses dient;
  - k. internationalen Druck auf Russland aufzubauen, damit es unverzüglich alle aus Gewissensgründen Inhaftierten freilässt und seine Unterstützung von politischer Verfolgung und von Menschenrechtsverletzungen in Belarus beendet, und nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie einzelne Verbündete die russische Zivilgesellschaft und diejenigen, die wegen ihrer politischen und bürgerschaftlichen Betätigung Repressionen durch das aktuelle Regime ausgesetzt sind, unterstützen können.

### Entschließung 471

## DIE BEKRÄFTIGUNG DES TRANSATLANTISCHEN ZUSAMMENHALTS UND UMSETZUNG DER BESCHLÜSSE DES BRÜSSELER GIPFELS VON 2021<sup>6</sup>

verabschiedet vom

### POLITISCHEN AUSSCHUSS

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung** der sich vollziehenden tiefgreifenden Veränderungen im globalen strategischen Umfeld, die durch die Neuentfaltung des geopolitischen Wettstreits, die Infragestellung der regelbasierten internationalen Ordnung durch die autoritären Regime in Russland und China, die immer akuter globalen Bedrohungen wie dem Klimawandel und von Pandemien sowie die rasante Ausbreitung neuer und disruptiver Technologien gekennzeichnet sind;
2. **feststellend**, dass das starke transatlantische Band zwischen Europa und den Vereinigten Staaten und Kanada nach wie vor Eckpfeiler für Stabilität und Sicherheit im euroatlantischen Gebiet und darüber hinaus ist;
3. **unter Hervorhebung** der Bedeutung des Gipfeltreffens 2021 in Brüssel für die Neubelebung des transatlantischen Bundes und die Festlegung klarer Vorgaben für die kontinuierliche Anpassung der NATO an dieses neue strategische Umfeld;
4. **unter Begrüßung** der Tatsache, dass auf dem Gipfel insbesondere ein stärkerer Schwerpunkt auf die gemeinsamen demokratischen Werte gelegt wurde, die zusammen mit gemeinsamen sicherheitspolitischen Anliegen die Grundlage der NATO bilden und sie von anderen Militärbündnissen unterscheiden;
5. die Billigung der Agenda „NATO 2030“ und ihrer zentralen Handlungsvorgaben, einschließlich der Entwicklung des neuen Strategischen Konzepts der NATO, durch die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses auf dem Brüsseler Gipfeltreffen **mit Beifall zur Kenntnis nehmend**;
6. **in Anerkennung** der Tatsache, dass viele dieser Prioritäten mit den Empfehlungen der Versammlung im Einklang stehen, und der NATO-Führung für die aktive und gewinnbringende Einbindung der Versammlung bei der Agenda „NATO 2030“ **zu Dank verpflichtet**;

<sup>6</sup> vorgelegt vom Politischen Ausschuss und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 11. Oktober 2021

7. **unter Betonung** der sich durch die bevorstehende Entwicklung des neuen Strategischen Konzepts eröffnenden großen Chance, eine neue transatlantische Strategie für das sich wandelnde Sicherheitsumfeld zu besiegeln, die demokratischen Werte des Bündnisses erneut zu bekräftigen und die transatlantische Einigkeit zu stärken, und einer Mitwirkung an diesem Prozess **erwartungsvoll entgegensehend**;
8. **unter Hervorhebung** insbesondere der Zusage der NATO-Staats- und Regierungschefs, die politischen Konsultationen in der NATO zu vertiefen und zu erweitern;
9. den Streitkräften der NATO und ihrer Partner für ihren Dienst und die Opfer, die sie seit 2001 in Afghanistan geleistet haben, wodurch dafür gesorgt wurde, dass Afghanistan nicht als Zufluchtsort für Terroristen diene, und was in den letzten 20 Jahren erhebliche demokratische, wirtschaftliche und menschenrechtliche Fortschritte ermöglicht hat, **ihre Anerkennung aussprechend**;
10. **zur Kenntnis nehmend**, dass Russlands sowohl militärische als auch hybride aggressive Handlungen, die auch von Stellvertretern durchgeführt werden, die euroatlantische Sicherheit in zunehmendem Maß bedrohen und zu Instabilität entlang der NATO-Außengrenzen und darüber hinaus beitragen;
11. **zur Kenntnis nehmend**, dass der Aufstieg Chinas eine der komplexesten geopolitischen Veränderungen seit Generationen ist, die die globale regelbasierte Ordnung vor systemische Herausforderungen stellt, aber auch Chancen bietet, zu für das Bündnis relevanten Themenbereichen zusammenzuarbeiten;
12. **unter Hervorhebung** der Bedeutung der Mittelmeer- und Nahostregion für die euroatlantische Sicherheit;
13. **in der Erkenntnis**, dass die Anpassung der NATO zur Begegnung aktueller und sich abzeichnender Herausforderungen aus allen Richtungen und in unterschiedlichen Bereichen eine Weiterentwicklung ihres Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs erfordern wird;
14. **davon überzeugt**, dass zur Erreichung der Zielvorgaben der Verbündeten zusätzliche Mittel notwendig sind, und zwar sowohl aus den nationalen Verteidigungsetats als auch der gemeinschaftlichen Finanzierung der NATO;
15. **in Würdigung** der NATO und einzelner Verbündeter für ihre unter Beweis gestellte Solidarität und die unschätzbare Unterstützung mit Arzneimitteln und medizinischem Gerät für Verbündete und Partner, die während der COVID-19-Pandemie Hilfe benötigten;
16. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,
  - a. die Solidarität des Bündnisses angesichts alter und neuer Bedrohungen im aktualisierten Strategischen Konzept der NATO erneut zu bekräftigen und die Bedeutung des nordamerikanischen politischen Engagements und der nordamerikanischen militärischen Präsenz in Europa sowie das transatlantische Bekenntnis zu den im Nordatlantikvertrag verankerten gemeinsamen Prinzipien der Demokratie, der Freiheit des Einzelnen, der Menschenrechte und der Grundsätze des Rechts bestätigen;
  - b. aufbauend auf ihrer beim Brüsseler Gipfeltreffen erzielten Einigung praktische Mittel und Wege zu ermitteln, wie die NATO diese gemeinsamen demokratischen Werte besser fördern und verteidigen kann, unter anderem durch die Prüfung des Vorschlags der Versammlung, innerhalb der institutionellen Struktur der NATO ein Zentrum für demokratische Resilienz einzurichten, das als Ressource dienen würde, um Gefahren für die Demokratie zu beobachten und Verbündeten und Partnerstaaten auf deren Ersuchen bei der Stärkung ihrer Resilienz gegenüber diesen Gefahren zu helfen;
  - c. die ehrgeizigen Beschlüsse der Verbündeten zu den verstärkten politischen Konsultationen zu präzisieren und umzusetzen und den politischen Willen zu zeigen, die Konsultationsmechanismen der NATO auf ebenso ehrgeizige Weise zu nutzen;
  - d. die auf dem Gipfeltreffen in Brüssel gefassten Beschlüsse, die NATO-Streitkräftestruktur weiter zu stärken und zu modernisieren und das gesamte Spektrum an Streitkräften und Fähigkeiten weiterzuentwickeln, um den aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen hinsichtlich Abschreckung und Verteidigung gerecht zu werden, vollständig umzusetzen;
  - e. die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Kohärenz zwischen den jeweiligen nationalen Aktivitäten, Plänen und Konzepten und denen der NATO zu verbessern, einschließlich derer, die im Zusammenhang mit Abschreckung, Verteidigung und künftigen Kriegseinsätzen stehen;

- f. dafür zu sorgen, dass die Verpflichtungen in Bezug auf die Verteidigungsausgaben entsprechend der Zusage zu Investitionen im Verteidigungsbereich von 2014 eingelöst werden, und eine Aufstockung der gemeinschaftlichen Finanzierung der NATO zu erwägen, wovon ein deutliches politisches Signal des Zusammenhalts und der Entschlossenheit des Bündnisses und seines Bekenntnisses zu Partnerschaften ausgehen würde;
- g. auch weiterhin darin zu investieren, dass die NATO ihren technologischen Vorsprung beibehält, und den Beschleuniger von Verteidigungsinnovationen für den Nordatlantik (DIANA) und den Handels- und Technologierat EU-USA (TTC) in vollem Maße zu nutzen;
- h. die strategische Partnerschaft mit der EU unter Achtung der unterschiedlichen Mandate der Organisationen und der Rolle der NATO als Basis der europäischen Sicherheit zu stärken und aktiv in den Bereichen militärische Mobilität, neue und disruptive Technologien, Klimawandel und Sicherheit, Resilienz und Sicherheit im Weltraum sowie weiteren Bereichen, die von gemeinsamem Interesse sind, zusammenzuarbeiten und eine möglichst umfassende Beteiligung der NATO-Mitglieder, die nicht Mitglieder der EU sind, an den verteidigungsbezogenen Initiativen der EU zu fördern;
- i. Russland für seine anhaltenden und inakzeptablen Verstöße gegen internationale Gesetze und Normen und sein aggressives Vorgehen weiterhin zur Rechenschaft zu ziehen sowie auch die erforderlichen Reaktionen folgen zu lassen, darunter die Anwendung von Sanktionen, gleichzeitig aber für einen zielführenden Dialog möglichst in konkreten Bereichen, etwa der Rüstungskontrolle, offen zu bleiben;
- j. ausgehend von den sich zunehmend annähernden europäischen und nordamerikanischen Sichtweisen in Bezug auf China eine umfassendere gemeinsame euroatlantische Strategie gegenüber China zu entwickeln, um das Bündnis besser für die vom Aufstieg Chinas ausgehenden Herausforderungen zu rüsten und dabei die bedingungslose Solidarität mit den NATO-Mitgliedstaaten zum Ausdruck zu bringen, die wegen ihrer aktiven Unterstützung der Menschenrechte in China und den Ländern der ostasiatischen Region unter beispiellosem Druck von Seiten Chinas stehen, und zugleich weiter Möglichkeiten für einen konstruktiven Dialog mit Peking zu suchen;
- k. die Anstrengungen der NATO und der Verbündeten bei der Terrorismusbekämpfung fortzusetzen und den NATO-Aktionsplan gegen Terrorismus zu aktualisieren, um den sich verändernden terroristischen Bedrohungen in all ihren Erscheinungsformen und Ausprägungen Rechnung zu tragen;
- i. die Bemühungen fortzusetzen, die dafür sorgen sollen, dass die NATO die Fähigkeit erhält, Stabilität für alle zu gewährleisten, insbesondere durch die Intensivierung der Hilfe und Unterstützung für die Partner in der Nachbarschaft der NATO beim Kapazitätenaufbau;
- m. sich in die von den NATO-Außenministern am 20. August 2021 beschlossene Erfahrungsauswertung zur Mission des Bündnisses in Afghanistan in vollem Umfang einzubringen;
- n. die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels weiterhin uneingeschränkt anzuerkennen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen;
- o. die Partnerschaften zu vertiefen und mit Ländern und Organisationen auf der ganzen Welt, die die gemeinsamen Werte teilen, neue Partnerschaften zu schmieden, unter anderem im asiatisch-pazifischen Raum;
- p. ihr Bekenntnis zur NATO-Politik der offenen Tür erneut zu bekräftigen und die Ukraine, Georgien und Bosnien und Herzegowina stärker zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, ihre euroatlantische Integration zu beschleunigen;
- q. den Mittelmeerraum auch weiterhin als Gebiet von vitalem Interesse für die Sicherheit des Bündnisses zu betrachten und zu diesem Zweck die Unterstützung für die Stabilität und Verteidigung und die damit einhergehende Entwicklung der Sicherheitsfähigkeiten der Partnerländer zu stärken, auch vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die durch die signifikante und zunehmende Präsenz von China und Russland in dem Gebiet entstehen;
- r. die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit weiter zu verbessern und in ihre Maßnahmen einzubeziehen.

## Entschließung 472

**DIE WIEDERBELEBUNG DER RÜSTUNGSKONTROLLE IN EINEM DYNAMISCHEN STRATEGISCHEN UMFELD<sup>7</sup>**

verabschiedet vom

**AUSSCHUSS FÜR WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE**

Die Versammlung,

1. **in Anerkennung** der Tatsache, dass das Bündnis mit einem instabilen strategischen Umfeld konfrontiert ist, das durch einen wachsenden systemischen Wettbewerb und einen rasanten technologischen Wandel gekennzeichnet ist;
2. **in Bekräftigung** des langjährigen Engagements der NATO zur Unterstützung und Stärkung der Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung, wie von den Staats- und Regierungschefs der NATO auf dem Gipfeltreffen 2021 in Brüssel erneut versichert wurde;
3. **unter Begrüßung** der Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und Russland über die Verlängerung des neuen Vertrags über die Reduzierung strategischer Waffen (neuer START-Vertrag) und die Eröffnung eines Dialogs über strategische Stabilität;
4. **unter Missbilligung** der Tatsache, dass Russland andere Rüstungskontrollabkommen, darunter den Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), den Vertrag über den Offenen Himmel, den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) und das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) nicht einhält;
5. **besorgt** über die rasche und beispiellose Erweiterung des strategischen Kernwaffenarsenals Chinas und angesichts dieser Entwicklung die Weigerung Pekings, in internationale Rüstungskontrollgespräche einzutreten;
6. **sich dessen bewusst**, dass neue und disruptive Technologien (EDTs) die künftigen militärischen Fähigkeiten revolutionieren können, wodurch bestehende internationale Rüstungskontrollsysteme in Frage gestellt und die strategische Stabilität gefährdet werden könnten;
7. gleichwohl **betonend**, dass EDTs auch umfassendere und wirksamere Verifikationssysteme ermöglichen und dadurch die internationale Rüstungskontrolle stärken könnten;
8. **unter Hinweis darauf**, dass sich die Weltraumtechnologie in den letzten Jahrzehnten rasant weiterentwickelt hat und im Zuge dessen auch ein solideres Rüstungskontrollsystem vonnöten ist, das eine Bewaffnung des Weltraums, insbesondere die Stationierung von Angriffswaffen im All, verhindert;
9. **unter erneuter Bekräftigung** des Grundsatzes der Verbündeten, auf Angriffswaffen im Weltraum verzichten zu wollen, gleichwohl eine von Russland und China vorgenommene Stationierung von Angriffswaffen im All als eine Gefahr für den Weltfrieden und die globale Sicherheit **verurteilend**;
10. **unterstreichend**, dass die COVID-19-Pandemie deutlich vor Augen geführt hat, welche Gefahr biologische Krankheitserreger für die globale Gesundheit und Sicherheit darstellen, und dabei auch das Bewusstsein für die mögliche Bedrohung durch Bioterrorismus geschärft hat;
11. **eingedenk** der Tatsache, dass durch die rasanten Fortschritte auf dem Gebiet der Biotechnologie biotechnologische Mittel und Anwendungen für die Öffentlichkeit leichter zugänglich werden und künftige bioterroristische Handlungen dadurch erleichtert werden könnten;
12. **davon überzeugt**, dass in einem unsicheren strategischen Umfeld Rüstungskontrolle und kollektive Verteidigung und Abschreckung Hand in Hand gehen müssen, und **unter Begrüßung** der von den Verbündeten bekundeten Unterstützung weiterer Rüstungskontrollverhandlungen, die eine Verbesserung der Sicherheit des Bündnisses zum Ziel haben und das jeweils aktuelle internationale Sicherheitsumfeld berücksichtigen;

---

<sup>7</sup> vorgelegt vom Ausschuss für Wissenschaft und Technologie und angenommen von der Plenarversammlung am Montag, 11. Oktober 2021

13. **FORDERT** die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses **NACHDRÜCKLICH AUF**,

- a. eine zuverlässige, sichere, wirksame und überlebensfähige nukleare Abschreckung der Verbündeten aufrechtzuerhalten, die an den derzeit stattfindenden rasanten technologischen Wandel wirksam angepasst werden kann;
- b. sich gemeinsam für die Stärkung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV), der den einzig überzeugenden Weg zu nuklearer Abrüstung darstellt, einzusetzen;
- c. auf Russland weiter Druck auszuüben, damit es zu seinen Zusagen und internationalen Verpflichtungen im Rahmen bestehender Rüstungskontrollsysteme steht, und gleichzeitig Russland dazu zu bewegen, zur Stärkung des Weltraumvertrags von 1967 und des B-Waffen-Übereinkommens (BWÜ) vom 1972 mit den Verbündeten zusammenzuarbeiten;
- d. die chinesische Führung ohne Umwege von der Notwendigkeit ihrer Mitwirkung an der Rüstungskontrolle zu überzeugen, indem aufgezeigt wird, welche Vorteile eine gegenseitige, umfassende und nachprüfbar Rüstungskontrolle für alle Seiten bieten kann;
- e. eine öffentliche Debatte über Vorteile, Ziele und Zweckmäßigkeit einer internationalen Rüstungskontrolle anzuregen;
- f. die NATO als wichtige Plattform für ausführliche Diskussionen und enge Beratungen über die internationalen Rüstungskontrollbemühungen zwischen allen 30 Mitgliedstaaten stärker zu nutzen, um so gemeinsam umfassende, schlüssige und einheitliche Standpunkte für künftige Rüstungskontrollverhandlungen zu erarbeiten, durch welche die Sicherheit des Bündnisses gesteigert wird;
- g. gemeinsam zu eruiieren, welche vorläufigen Spielregeln, Standards und Normen für den globalen Einsatz von EDTs in militärischen Systemen gelten sollen, um die strategische Stabilität in Zukunft zu erhalten;
- h. einzuschätzen, wie die Parteien EDTs am besten zur Verbesserung der Verifikationsverfahren in der Rüstungskontrolle einsetzen können, damit diese immer solider, umfassender und wirksamer wird;
- i. die Mittel für die Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Verbündeten im Bereich der EDTs – insbesondere der sieben EDTs<sup>8</sup>, die in der „Einheitlichen Umsetzungsstrategie zu neuen und disruptiven Technologien“ der NATO ermittelt wurden – aufzustocken, um so den technologischen Vorsprung der NATO aufrechtzuerhalten;
- j. Initiativen zur Verbesserung der Sicherheit im Weltraum zu unterstützen, die zur Ausarbeitung eines neuen Rüstungskontrollsystems beitragen können, das die Bewaffnung des Weltraums vermeiden und direkt auf dem Weltraumvertrag von 1967 aufbauen könnte, der weiterhin die Basis bildet, auf die sich die Weltraumrüstungskontrolle stützt;
- k. die nationalen Parlamente und die Öffentlichkeit sowohl für drohende biologische Gefahren als auch die Bedeutung der biologischen Abwehr zu sensibilisieren;
- j. genau zu prüfen, ob und wie Maßnahmen zur Aufspürung und Verhinderung der Verbreitung von biologischen Stoffen und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck verbessert werden können, und
- m. den internationalen Regelungsrahmen für biologische Abwehr zu stärken, indem die internationale Stabsstelle des BWÜ und Unterstützungseinheit für die Umsetzung, die chronisch unterfinanziert und unterbesetzt ist, mehr Unterstützung erhält, und die Möglichkeiten für die Annahme eines effektiven Verifizierungsprotokolls zu prüfen, dessen Ziel wäre, die Einhaltung des Übereinkommens zu überwachen und zu bewerten.

---

<sup>8</sup> Künstliche Intelligenz (KI), Daten und Datenverarbeitung, Autonomie, Quantentechnologien, Biotechnologie und Verbesserung menschlicher Fähigkeiten, Hyperschalltechnologien und Weltraum









